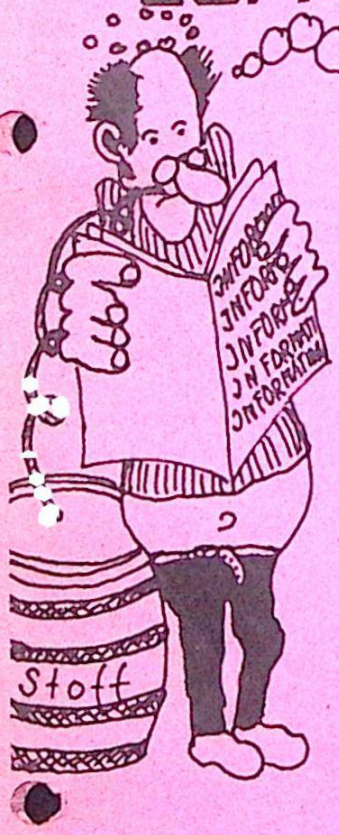
DEMO gegen BERUFSVERBOTE
Mi. 17°° KLEISTPARK
(Trommeln und Pfeifen mitbringen)

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 134

29.11.76 WÖCHENTLICH 3. JHG. 0.50 WB/ 0.70 BRD



Kopf & Bauch

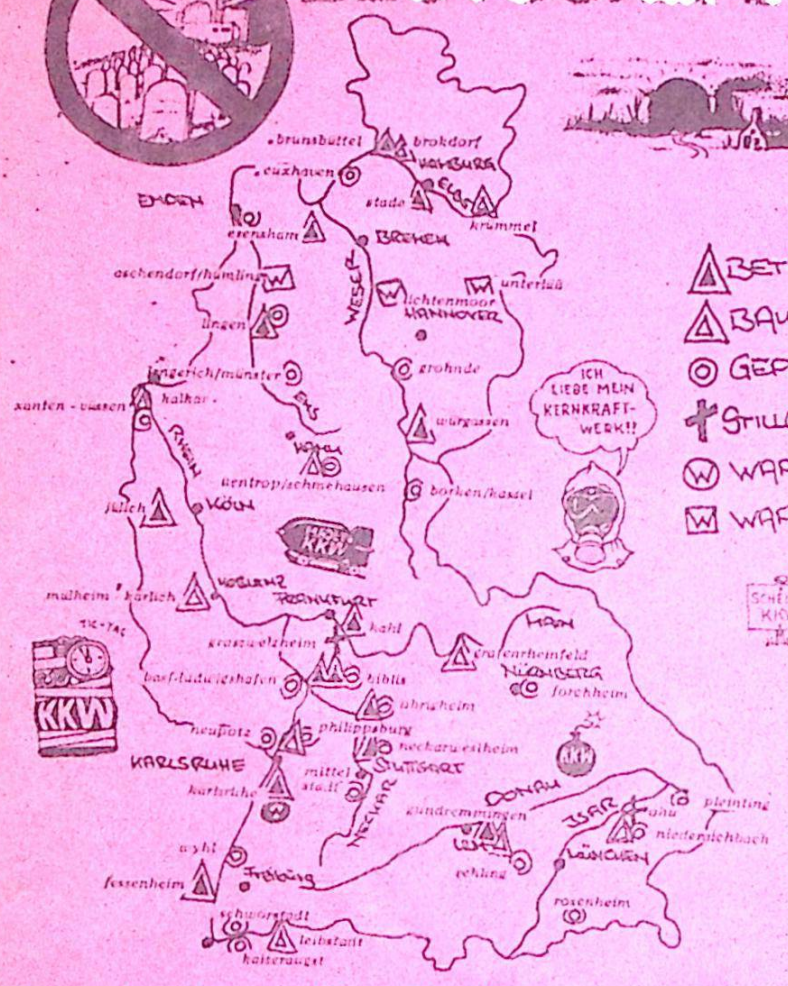
PETE

VERBAND LINKER BUCHPROJEKTE lädt ein:

BERLINER ROCK ENSEMBLE
PAMPELMUSIK
TOMMY und das
mobile Einsatzorchester
4,- DM
SELBSTDARSTELLUNGS-THEATER

Sa. 4. Dez. alte TU-Mensa

DEUTSCHLAND 2



HALLO!
FÜR DIE, DIE VON NIX NE AHNUNG HABEN: AUF DEM LETZTEN TREFFEN DER ALTERNATIVEN ZEITUNGEN EBENDORT WURDE BESCHLOSSEN, JEDEN MONAT EINEN ARTIKEL ÜBERREGIONAL ZU VERÖFFENTLICHEN, ALSO IN ALLEN BEREITWILLIGEN VOLKSBLÄTTERN, STADTZEITUNGEN ETC. DESHALB MACHEN WIR JETZT DIE FOLGENDEN SEITEN/NUN WIRD DAS INFO AUCH NOCH ÜBERREGIONAL! VIEL SPAß BEIM LESEN.
EHER INFO

Ein radioaktiver Führer durch "unsere" Republik

"Was ham die im Schädel? Dreck oder Stroh?
Sind die so dumm oder tun sie nur so?" (frei nach Biermann)

Die unübersehbare Fülle von Material erlaubt nur eine grobe Übersicht. Darüber, wo KKW's stehen, wo sie gebaut und wo sie geplant werden. Und über den Widerstand der Leute, die kapiert haben, daß sie betroffen sind.

In der BRD sind im Moment 12 KKW's in Betrieb, eins davon noch im Probebetrieb, drei davon sind Versuchsanlagen. 9 befinden sich im Bau, 25 sind für die unmittelbare Zukunft geplant, insgesamt über 150 auf längere Sicht und zwei sind schon wieder stillgelegt.

Außerdem existiert eine WAA (Wiederaufbereitungsanlage) direkt in Karlsruhe, eine WAA mit Atommülldeponie, ohne die man das ganze Energieprogramm sowieso wegschmeißen kann, ist in Niedersachsen geplant. Geplant ist ferner Umbau und Erweiterung der WAA in Karlsruhe und eine Urananreicherungsanlage in Hermeskeil (Raum Trier).

Bereits im sogenannten "unfallfreien" Normalbetrieb werden durch den künstlichen Spaltungsprozeß eine ganze Reihe radioaktiver Stoffe erzeugt und an die Umwelt abgegeben, die in der Natur nicht vorkommen. Im Gegensatz zur natürlichen Strahlung werden diese Stoffe über Nahrungsmittelketten (Gras-Kuh-Milch) vom menschlichen Körper aufgenommen und gespeichert.

Die Folgen für die Gesundheit werden meist erst nach Jahren festgestellt. Amerikanische Forschungen haben ergeben, daß Säuglingssterblichkeit, Mißgeburten, Krebserkrankungen sowie Erbschaden im Umkreis von KKW's erheblich angestiegen sind.

Die Erwärmung der Flüsse durch große Kühlwassermengen belastet auch das ökologische Gleichgewicht und führt u.a. zum Fischsterben. Diesen Sommer wurden z. B. 24 Tonnen tote Fische aus der Weser gezogen.

Die besondere Gefährlichkeit der radioaktiven Strahlung besteht darin, daß wir sie nicht sehen, hören fühlen oder riechen können. Dadurch läßt sich der Eindruck erwecken, sie sei gefahrlos und sauber.

Abgesehen von den "kleinen" Störfällen, bei denen bisher nur wenige verreckt sind, gibt es noch den GAU (größter anzunehmender Unfall). In seinem Falle würde die gesamte Radioaktivität in die Umwelt gelangen und das ist eine ganze Menge: sie entspricht der Radioaktivität von 1000 Hiroshimabomben pro Reaktor.

Was dann passiert, geht aus einer Geheiminformation des BKA vor: Bis 25 km: 3 400 Tote. Bis 64 km: 42 500 unheilbar Atomkranke. Bis 320 km: 182 000 Strahlengeschadigte. Bis 500 km Evakuierung.

Evakuierung von nahegelegenen Orten mit mehr als 25 000 Einwohnern sind nicht vorgesehen.

Was uns dann bevorsteht, wurde erstmals durch den Katastrophenplan für das Kernforschungszentrum Karlsruhe deutlich:

"Das mögliche Gefahrengebiet wird sofort gesperrt"..."Während starke Polizeikräfte das Gefahrengebiet abriegeln, wird die betroffene Bevölkerung über Lautsprecher zum Schutz ihrer Gesundheit dringend gebeten, sich sofort in die Häuser zu begeben und alle Öffnungen wie Fenster und Türen zu schließen"...

Wegen der nicht abzuschätzenden Gefahren, die uns allen aus dem Betrieb kerntechnischer Anlagen drohen, wehrt sich die Bevölkerung in der Umgebung nahezu aller KKW's gegen den Bau und Betrieb solcher Anlagen.

Bei den Verantwortlichen scheint das Bedürfnis zu bestehen, aus jedem grösseren deutschen stinkenden, vergifteten und überhitzten Fluß eine radioaktiv verseuchte, noch wärmere und kränkere Kloake zu machen.

An der Elbe zum Beispiel wehren sich sogar die Bayer-Werke gegen Atomkraftwerke, weil sie den Fluß so erhitzen, daß der flußabwärts angesiedelte Chemiekonzern keine Abwässer mehr einleiten dürfte, ohne daß die Elbe umkippt.

Östlich von Hamburg steht das KKW-Krümmel (1250 MW) im Rohbau. In Stade verpestet schon seit 1971 ein 662-MW-Reaktor die Gegend. Ein Stück weiter elbabwärts liegt der Bauplatz für das KKW Brokdorf.

Die Bürgerkriegsstrategie der Landesregierung, die am 26.10. mit einer Nacht-und Nebel-Besetzung des Bauplatzes durch die Polizei begann, wurde bei den darauffolgenden Demonstrationen und Versuchen, den Platz zu besetzen, mit ungeheurer Brutalität auf die Spitze getrieben. Im Moment ist nicht abzusehen, wie die Landesregierung weiter vorgehen wird.

Ja, und dann produziert noch seit Mai dieses Jahres in Brunnsbüttel ein nagelneues KKW (700MW) den so dringend benötigten Strom (und nicht nur den). Und weil die Elbe 40 KKWs vertragen könne, wie "Experten" der Nordwestdeutschen Kraftwerke NWK glauben, ist für das nächste Jahr bei Cuxhaven eins geplant und es werden noch weitere 7 Standorte in Erwägung gezogen.

An der Weser sind zwei KKWs bereits in Betrieb. Der 640-MW-Reaktor von Würgassen ist einer der anfälligsten Reaktoren. 1972 z.B. lief aus der leckgeschlagenen Kondensationskammer radioaktives Wasser in den äußeren Sicherheitsbehälter, der die letzte Barriere gegen die Umwelt darstellt. **Über 1 Million Liter verseuchtes Wasser wurden aus dem Kondensationsbecken abgepumpt und in die Weser geleitet.**

Viel weiter oben, in der Nähe von Oldenburg, das KKW Esensham. Das 1300-MW-Werk befindet sich noch im Probebetrieb.

Gegen die endgültige Inbetriebnahme läuft das Hauptsacheverfahren beim Verwaltungsgericht Oldenburg. Der Einspruch eines Fischers wurde im September verhandelt. Hier entschied das Gericht gegen die Inbetriebnahme. Gründe: Das Kühlwasser soll in die Weser geleitet werden, die aber ohnehin schon warm genug ist. Deshalb waren für das KKW-Kühltürme oder ähnliche Einrichtungen vorgeschrieben. Stattdessen wollen die Betreiber das Werk einfach abstellen, wenn sich die Weser zu stark erhitzt. Diese Lösung ist vom Verwaltungsgericht abgelehnt worden. Es ist jetzt also auch möglich, den Probebetrieb per einstweiliger Verfügung zu stoppen.

Das Genehmigungsverfahren für das Werk in Grohnde läuft bereits, ebenso in Borken (Kassel).

Das KKW Lingen steht an der Ems. Es wurde für 252 MW Leistungen in den 60er Jahren als "Demonstrationskraftwerk" gebaut. Demonstriert hat es bisher hauptsächlich die Störanfälligkeit von KKWs. Auch hier ist für das nächste Jahr ein zweites Werk mit 1300 MW Leistung geplant.

In Emden nahe der Emsmündung und in Lengerich/Munster will man den Leuten nächstes Jahr 1300 MW-Reaktoren vor die Nase setzen. Bei Hamm wiederum, in Uentrop/Schmehausen ist ein 300 MW-Reaktor im Bau. Er wird sein Kühlwasser der Lippe entnehmen. (Das ist ein Fluß!) Gegen den geplanten 2. mit einer Leistung von 1300 MW setzt sich die Bevölkerung heftig zur Wehr.

Von Anfang August bis Anfang September wurde neben dem KKW-Gelände ein Zeltlager errichtet, um eine intensive Informationsarbeit möglich zu machen. Am 5.9. kam es zu einer kurzen Probebesetzung des Bauplatzes. Die herbeigerufene Polizei schritt nicht ein, weil die Leute nach Verhandlungen wieder abzogen.

Ende Oktober veröffentlichten die BI eine Erklärung, in der sie sich gegen "ihr" KKW und gegen die Kernenergie als solche aussprachen. Außerdem kündigten sie die Besetzung des Bauplatzes für das zweite KKW an, sobald mit dem Bau begonnen werde, weil "Rechtsmittel den Baubeginn nicht stoppen können".

Die bedrohlichste Anhäufung von Atommeilern mutet man dem Rhein zu. 3 Anlagen sind bereits in Betrieb, eine (Fessenheim) nimmt demnächst den Probebetrieb auf, 4 sind im Bau und 8 für die nächste Zeit geplant.

Schon am Hochrhein zwischen Bodensee und Basel gehts los. Auf deutscher Seite ist das KKW Schwörstadt (1300 MW) geplant, auf der Schwei-

zer Seite ist das KKW Leibstadt schon im Bau. Die Leute dort haben zum größten Teil inzwischen resigniert.

In Kaiseraugst (Schweiz), gleich bei Basel, verhindern die Betroffenen seit Jahren den Bau des geplanten KKWs. Als vor 2 Jahren die Aushubbewilligung erteilt wurde, besetzten sie den Platz. Zu der Kundgebung, die dort stattfand, kamen ca. 16 000 Leute. Nachdem der Platz von 200-300 Leuten 10 Wochen lang besetzt gehalten worden war, wurde die Besetzung unterbrochen, weil man in Verhandlungen einen vorläufigen Baustop erreicht hatte.

Die Verhandlungen, die sich die BI ausbedungen haben, gehen jetzt in die dritte Runde, man erwartet aber, daß sofort nach Beendigung mit dem Bau begonnen werden soll, egal, was bei den Verhandlungen rauskommt und bereitet sich deshalb lieber darauf vor, den Platz erneut zu besetzen, sobald Bautrupps anrücken.

Die ebenfalls in dieser Gegend Fricktal Schweiz geplante WAA stößt dagegen schon jetzt bei den ersten Bohrversuchen – auf so heftigen Widerstand, daß niemand so recht an ihren Bau glauben kann.

Fessenheim liegt auf der elsässischen Seite des Rheins. Die Entfernung zu Freiburg ist 20 km Luftlinie, und zwar in Hauptwindrichtung. Das KKW sollte eigentlich seinen Probebetrieb Ende Oktober aufnehmen, der Termin hat sich aber verschoben.

Dieses KKW ist nach französischen Sicherheitsbestimmungen gebaut, die noch beschissener sind als die deutschen, und angesichts der Tatsache, daß bei einem Austreten von Radioaktivität, legt man eine Windgeschwindigkeit von nur 20 km/h zu Grunde, die Stadt Freiburg in einer Stunde von Radioaktivität überdeckt ist, fordern die badischen BIs die Offenlegung der deutschen Katastropenpläne. Aber auch ohne die zu kennen, kann man sich denken, wie sie aussehen, denn wie soll eine Stadt von der Größe Freiburgs innerhalb einer Stunde evakuiert werden?

In den Tagen vor der erwarteten Inbetriebnahme stand vor dem Regierungspräsidium in Freiburg eine "Mahnwache": zwei völlig vermummte Gestalten mit Gasmasken und dem Hinweis, daß die im Ernstfall auch nichts mehr nützen.

Schräg gegenüber von Fessenheim ist am Kaiserstuhl der Bauplatz für das **KKW Wyhl**. Über die Aktionen der badisch-elsässischen Bevölkerung, die seit sechs Jahren den Bau verhindern, braucht hier nicht mehr berichtet werden. Der momentane Stand der Dinge: Der von der Landesregierung mit den BI ausgehandelte Baustop ist Anfang November abgelaufen. Die Besetzung war u. a. unter der Bedingung unterbrochen (und nicht aufgegeben, wie der Spiegel meint) worden, daß das Gelände nicht wieder eingezäunt wird. Inzwischen hat allerdings die Landesregierung für 8 Mio DM Stacheldraht von 20 km Länge gekauft.

Mitte November wurden zwar, den Abmachungen entsprechend, den BI die neuen Gutachten übergeben, diese werden aber von den BI nicht anerkannt, weil sie nicht ausreichend sind und an den eigentlichen Problemen vorbeigehen. Im Kaiserstuhl herrscht die Meinung, daß das Badenwerk erst mal abwartet, bis sich die Lage in Brokdorf beruhigt hat, dann aber einen ähnlichen Überfall starten will wie dort (siehe Stacheldraht).

In **Karlsruhe** steht ein Kernforschungszentrum mit einer "kleinen" WAA. Sie soll jetzt umgebaut und für hochradioaktive Brennelemente erweitert werden. Hier wurden im August 4 Arbeiter bei der Beseitigung von Atommüll radioaktiv verseucht.

Philippsburg liegt südlich von Speyer; 24 km davon entfernt in Hauptwindrichtung liegt Heidelberg. Der Block I mit einer Leistung von 860 MW geht voraussichtl. nächstes Jahr in Betrieb. Als Block II war ursprünglich ein Reaktor geplant, der aus Sicherheitsgründen in Ludwigshafen (BASF) nicht gebaut werden darf. Obwohl die Einspruchsfrist gegen dieses KKW genau in die Sommerferien gelegt wurde, machten 6000 Leute von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch. Nachdem beim Erörterungstermin für diesen Block, zu dem mehrere Züge Polizei als Objektschutz anrückten, ein (blinder) Einsprecher gewaltsam aus dem Saal befördert und 2 andere mit Anzeigen wegen Gefangenenbefreiung und Widerstand bedacht wurden, verließen die Bürgerinitiativen den Saal. Sie hatten eine Rücknahme der Anzeigen erreichen wollen. Die Argumente und die Vorgehensweise der Versammlungsleitung hatte ihnen ihre Alibifunktion klargemacht.

Das Genehmigungsverfahren für den Block II läuft weiter, und es ist mit der Baugenehmigung im nächsten Jahr zu rechnen.

Gleich gegenüber sind in **Neupotz** zwei Blöcke mit zusammen 2600 MW Leistung geplant, und in **Ludwigshafen** braucht die **BASF** unbedingt einen 425-MW-Reaktor, der Energie für ihre Giftproduktion liefert.

Und von hier aus erreichen wir ohne große Mühe das Symbol deutschen Fortschritts und Fachidiotentums überhaupt: **Der Welt größtes, schönstes und phantastischtes KKW, den Vorzeigereaktor Biblis.**

Mit seinen beiden Blöcken A und B leistet es je 1200 MW und könnte z. B. ganz Hamburg einschließl. seiner Industrie mit Strom versorgen, wenn es mal wieder uneingeschränkt laufen würde. Nichtsdestotrotz ist ein dritter Block geplant. Am 19.10. hat sich die hessische Landesregierung entschlossen, den Block C zu genehmigen. Der öffentliche Teil des Genehmigungsverfahrens ist bereits angelaufen.

Das KKW ist bis heute nicht nachträglich gegen Flugzeugabstürze gesichert worden. Ein Überflugverbot gibt es nicht, und diverse NATOflugzeuge benutzen das KKW als Ziel für Tiefflugübungen. Wie für jedes KKW sind auch hier Katastrophenpläne vorhanden, die Innenminister der Länder haben sich jedoch darauf geeinigt, sie nicht zu veröffentlichen, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen.

Außer dem Block C hat die RWE einen anderen duften Plan: Weil ihr die Kosten für den Transport der verbrauchten Brennstäbe ins Ausland zu hoch sind und auch die Verträge bald ablaufen, will sie stattdessen das Abklingbecken des Blocks A damit überbelegen, d. h., die genehmigte Menge der dort lagernden Brennstäbe überschreiten. Dieses Vorhaben, das die Gefährlichkeit des Bibliser Monstrums noch weiter erhöht, wird offenbar vom hessischen Wirtschaftsministerium akzeptiert.

Zwischen Koblenz und Bonn ist bei **Mulheim-Kärlich** ein KKW im Bau. Im Juni 76 hat das OVG Koblenz den Antrag auf Einstellung der Bauarbeiten abgewiesen. Die Begründung ist ähnlich wie die des Mannheimer Gerichts in Sachen Wyhl: Es sei das Eigenrisiko der Betreiber, zu bauen, bevor das Hauptsacheverfahren abgeschlossen ist. Erst in diesem Verfahren soll, nachdem bereits Millionen in den Bau gesteckt worden sind, entschieden werden, ob die Baugenehmigung für das KKW rechtswidrig war. Und dagegen läßt sich ja immer noch Einspruch einlegen und weiterbauen.

In **Jülich** etwas abseits, steht ein weiteres Kernforschungszentrum, dort sitzen auch die Leute, die ständig neue KKW-Standorte austüfteln. Der dortige Versuchsreaktor von 15 MW ist zwar der einzige Hochtemperaturreaktor der Welt, der funktioniert. Trotzdem wird ausgerechnet dieser Reaktortyp von manchen Experten als sichere Alternative zu den bisherigen Typen und besonders dem Schnellen Brüter gelobt.

Der erste Schnelle Brüter in der BRD entsteht inzwischen als Demonstrationskraftwerk in Kalkar kurz vor der holl. Grenze. Die vorgesehenen Kosten haben sich bereits vervielfacht, ebenfalls die Bauzeit.

Die erste deutsche Atomruine dagegen steht am **Main** (und strahlt). Das **KKW Großwelzheim**, lief nur 18 Monate und wurde April 71 stillgelegt, weil es den Sicherheitsanforderungen nicht genügte und außerdem dauernd kaputtging. Auch die Versuche, es umzubauen od. als Testreaktor zu verwenden, scheiterten. Die offizielle Einstellung wurde erst im Juli 74 bekanntgegeben.

Außer der Versuchsanlage in **Kahl** steht am Main noch die Baustelle des **KKW Grafenrheinfeld** bei Schweinfurt. Es sollen 2 Blöcke a 1200 MW werden.

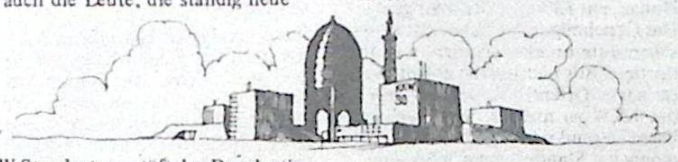
Schon beim Ausheben der Baugrube ergaben Messungen der dortigen Bürgeraktion Umwelt und Lebensschutz ein starkes Absinken des Grundwasserspiegels in den umliegenden Landschaftsschutzgebieten. Das für die Existenz dieser Gebiete unentbehrliche Grundwasser floß trotz Dichtwand in die Grube, wo es ständig abgepumpt wurde. Damals forderte die Bürgerak-

tion den Baustopp, weil keine der das Grundwasser betreffenden Genehmigungsauflagen erfüllt wurden bzw. sich als wirksam erwiesen.
Auch der Stadt Schweinfurt gefiel die Sache nicht und sie strengte eine Klage vor dem VG an, um einen Baustop zu erreichen. Das VG Wurzburg schloß sich der Meinung der Stadt an, aber bei der Revisionsverhandlung hob der Bayr. Verwaltungsgerichtshof das Urteil auf und damit den Baustop. Inzwischen hat der Schweinfurter Stadtrat keine Lust mehr und ist mit der Kraftwerkfirma in Verhandlungen über die Zurücknahme der Klage getreten. (Aus irgendwelchen Gründen will das Bayernwerk der Stadt gleichzeitig 5-7 Mio DM für den biologischen Ausbau der stadt. Kläranlage spendieren).

Die Stimmung bei den Leuten dort ist ziemlich resigniert, aber sie wollen auf jeden Fall weitermachen.

Das KKW **Obrigheim** liegt ca. 40 km von Heidelberg entfernt am **Neckar** und wurde als eins der drei "Demonstrationskraftwerke" in den 60er Jahren gebaut. Es begann 1968 mit einer Leistung von 345 MW seinen Betrieb.

Auch dieses KKW demonstriert eine ganze Menge:
Sicherheit: Im Sommer 74 wurde auf einer Mullhalde ein Beutel gefunden, der mittelradioaktive Harzkügelchen enthielt. Er stammte zweifelsfrei aus dem KKW Obrigheim. Die Werksleitung stritt das jedoch ab und äußerte die Vermutung, skandalfreudige Umweltschützer hätten ihn dort deponiert.



Umweltfreundlichkeit: In der Umgebung des KKW's wurden im Neckar mißgebildete Fische mit Krebsgeschwüren gesehen und photographiert.

Menschenfreundlichkeit: Die künstliche Strahlenbelastung in der Umgebung des KKWs ist 70-250 mal höher als man uns immer wieder beteuert.

Zuverlässigkeit: jede Menge Störanfälle.

Das Genehmigungsverfahren und der Bau eines zweiten Blocks (1300 MW) ist nichtsdestotrotz für nächstes Jahr vorgesehen.

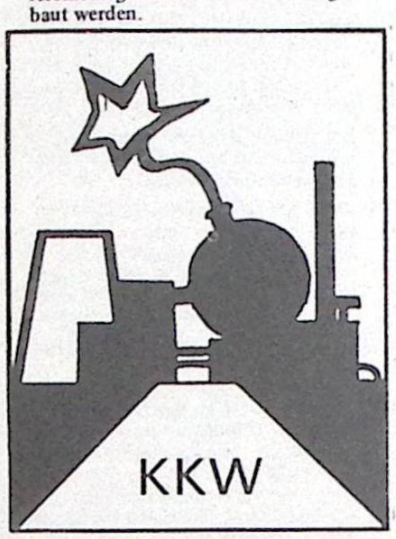
Ein Stück weiter: **Neckarwestheim.** Dieses 800-MW-Werk ist besonders günstig in einem Weinanbaugebiet nördl. Stuttgart gelegen. Als im September 76 eine Münchner Stadtratsdelegation auf dem Weg nach Biblis einen Abstecher hierher machte, sagte der Betriebsleiter aus Versehen die Wahrheit ("wir sind ja unter uns"), und auf diese Weise stellte sich heraus, daß das Werk gerade mal wieder stillstand, weil, wie recht häufig, die Kühlwasserpumpe kaputt war.

Während gegen den Bau dieses Werks noch so gut wie kein Widerstand laut wurde, will die dortige Bevölkerung den geplanten zweiten Block (805 MW) nicht ohne weiteres hinnehmen. Dabei spielt vielleicht auch die etwas ungewöhnliche Wolke eine Rolle, die seit geraumer Zeit über dem KKW steht und in den letzten Wochen noch größer geworden ist.

Am Neckar geplant ist außerdem noch das **KKW Mittelstadt** mit 1300 MW.

Das **KKW Gundremmingen (Donau)** wurde berühmt, weil hier 2 Arbeiter an radioaktivem Dampf starben. Aus rein wirtschaftlichen Überlegungen, auf deutsch Geldgier, wurde der Reaktor während der Reparaturarbeiten nicht abgeschaltet, obwohl die Spezialbestimmungen für Reaktorsicherheit dies ausdrücklich fordern.

Ein Ingenieur wurde daraufhin zu einem Jahr mit Bewährung wegen fahrlässiger Tötung verknackt, was ganz Deutschland erleichtert aufatmen ließ, weil alles wieder im Lot war. **Inzwischen läuft der Bau der 2. Stufe auf vollen Touren. Gundremmingen soll nämlich, was offenbar niemanden weiter stört, mit drei KKW's mit insgesamt fast 2900 MW zum größten Atomenergiezentrum der Welt ausgebaut werden.**



Zusätzlich ist in Pleinting, auch an der Donau, ein 1300-MW-Reaktor geplant. Das Genehmigungsverfahren ist inzwischen unterbrochen worden, was die dortigen BI's nicht davon abhält, weiter soviel Öffentlichkeitsarbeit gegen das KKW zu machen, wie möglich. Diese Gegend ist übrigens auch als ein möglicher Standort einer WAA vorgemerkt.

In **Rehling** 12 km von Augsburg, soll der ungeheure Energieverbrauch der Schwaben mit einer 2400-MW-Anlage gesättigt werden. Gegen diesen Plan gibt es massive Proteste der Anwohner es ist auch schon Einspruch erhoben worden.

Die zweite deutsche Reaktorruine steht in **Niederaichbach** an der **Isar**. Das KKW wurde von Siemens entwickelt und lief von 1970 bis 74. Es wurde stillgelegt, weil nur ein Bruchteil

der vorgesehenen Leistung erreicht wurde und abzusehen war, daß dieses KKW auch in Zukunft niemals wirtschaftlichen Strom erzeugen würde. Bei jedem Versuch, die vorgesehene Leistung zu erreichen, traten schwere Betriebsstörungen auf.

Das Werk war aus öffentlichen Mitteln finanziert worden und brachte dem Staat einen Verlust von mindestens 200 Mio DM.

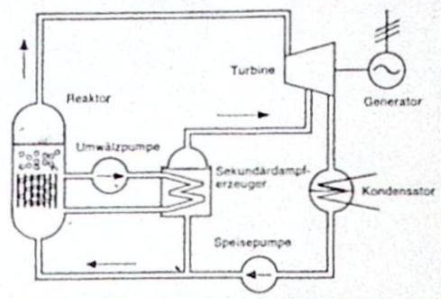
Gleich neben dieser Ruine steht, 10 km von Landshut an der Isar herrlich gelegen, unser **KKW Ohu**. Sein Block I mit 900 MW soll Anfang nächsten Jahres in Betrieb genommen werden. Für den Bau von Block II (1200 MW) steht für Dezember das Genehmigungsverfahren an.

Zu erwähnen bleiben noch die möglichen Standorte für die noch hundertmal gefährlicheren Wiederaufbereitungsanlagen. Sie liegen wegen der Bodenbeschaffenheit alle in Niedersachsen: **Aschendorf-Hümmling** im Emsland, **Lichtenmoor** in der Nähe von Hannover und **Unterlüß** bei Celle. Den Bau dieser Anlage zu verhindern, ist unbedingt notwendig. Nicht nur wegen ihrer Gefährlichkeit, sondern weil dann die Bundesregierung sofort einen Baustop über samtliche KKW's verhängen müßte.

Die Kernenergie soll offensichtlich, wie auch die letzten Ereignisse in Brokdorf zeigen, mit Polizeistaats-Methoden durchgesetzt werden. Wenn sie erstmal durchgesetzt ist, ziehen Kernanlagen eine ungeheure Überwachungsmaschinerie nach sich. Da kann man leicht zu dem Schluß kommen, daß Kernenergie nur in einem totalen Polizeistaat möglich ist. Sogar eine Organisation wie der Bund Naturschutz Bayern spricht bereits von "Nuklearfaschismus".

WIE EIN KERNKRAFTWERK FUNKTIONIERT

Wie ein mit Kohle oder Öl betriebenes Kraftwerk erzeugt ein Kernkraftwerk (KKW) Wärme, die das Wasser eines Kühlkreislaufs zu Dampf macht. Dieser Dampf treibt über eine Turbine einen Generator an, der durch seine Umdrehungen - ähnlich wie ein Fahrraddynamo - Strom erzeugt. Der wesentiche Unterschied zu einem herkömmlichen Kraftwerk besteht jedoch darin, daß in einem KKW die Wärme durch Spaltung von Atomkernen des Urans-235 erzeugt wird. Der Anteil dieses Urans-235 am Natururan, einem Gemisch aus Uran-235 und dem schweren Uran-238, welches nicht spaltbar ist, beträgt nur 0,7 %.
Die Spaltung der Urankerne geschieht durch sogenannte "kontrollierte Kettenreaktion", bei der gewaltige Energiemengen freigesetzt, in deren Folge aber auch über hundert radioaktive Stoffe erzeugt werden, die wegen ihrer Wirkungen auf Pflanze, Tier und Mensch unter allen Umständen zurückgehalten werden müssen, was jedoch schon aus technischen Gründen nie ganz gelingt. Daher kommt es schon beim Normalbetrieb eines eines KKW zu einer Abgabe von radioaktiven Stoffen an die Umwelt.
In der BRD werden in den nächsten Jahren vor allem Druck- und Siedewasserreaktoren gebaut, Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter befinden sich noch in der Entwicklung.
Beim Druckwasserreaktor verwendet man durch einen teuren und aufwendigen Prozess zu 3% mit Uran-235 angereichertes Natururan als Brennstoff.



Im Reaktorkern wird durch die Kern-Spaltung Wasser unter hohem Druck auf über 300 Grad erhitzt und in einem ersten Kühlkreislauf zu einem Sekundärdampferzeuger geführt. Dort wird das Wasser eines zweiten Kühlkreislaufs zum Sieden erhitzt. Vor allem der dort erzeugte Dampf treibt dann die Turbine an. Hinter der Turbine wird der Dampf durch einem Fluß o.ä. entnommenes Kühlwasser kondensiert und das entstehende Wasser wieder in den Reaktorkern zurückgepumpt. Die vom Flußwasser aufgenommene Wärme wird meist durch einen oder mehrere hohe Kühltürme an die Atmosphäre abgegeben.

Nähere Informationen zur Funktionsweise von KKW findet man in der Broschüre des "Bundes für Umweltschutz, Tübingen" "Wie arbeitet ein Kernkraftwerk? - Kritische Betrachtungen"

PFLEGHOFSTR. 5 Postfach 1141 TÜBINGEN

GEWALT IM WALD

auch schon vor der jetzt laufenden "dauerwache am oberjägerweg hatte die bürgerinitiatige stress mit den k-freaks. nach ellenlangen (4-monatigen) lieben diskussionen wurde der erste kbw-ler rausgeschmissen (gewaltfrei per abstimmung versteht sich). grund: die "genossen" hatten auch nach mehrmaliger warnung ihren parteikram im zusammenhang mit BI-material verteilt.
inzwischen ist sowas totale lappalie. während wir das haus gebaut haben, standen di e vertreter der arbeiterklasse schon auf dem zufahrtsweg spalier, um mit dem toten morgen, toter fahne und kvz den neugierigen bürgern klarzumachen, was dort ablief, und wie es eigentlich richtig laufen müsse. darüber regt sich ja schon gar niemand mehr auf, aber in den folgenden tagen konnte ich die entwicklung dann kaum noch komisch finden. die freunde von der ml und so schafften es fast in jeder diskussion um irgendwelche sachfragen, alles auf den punkt "revolutionäre gewalt" nach ihrer lesart abzubiegen. im haus konnten teilweise wichtige sachen einfach durch dieses destruktive verhalten nicht geklärt werden, und als

dann noch transparente "kein stromverbund mit der ddr" auftauchten und die ml-fahne neben dem kk haus wehte, hatten wir die schnautze voll. die fahne haben wir ihnen leider klauen müssen, weil die diskussion darüber nichts brachte. auf dem BI-plenum am donnerstag haben wir dann einen antrag unterstützt, daß die, die sich nicht an die beschlüsse des plenums halten, vom platz zu verschwinden haben, und es werden sich auch genug genossen finden, das auch durchzusetzen, wenn es darauf ankommt.
soviel zur information. eigentlich wollen wir uns jetzt "rechtfertigen", was die angriffe von anderen spontis mit der stoßrichtung "unvereinbarkeitsbeschlüsse" angeht. wir sind der meinung, daß alle linken agitieren können müssen, weil wir glauben, daß die schwundsachen sich selbst erledigen. zum agitieren gehört aber nicht, daß der eindruck erweckt wird, die BI wäre der kbw oder so. wenn leute auftreten und gegenüber wohlmeinenden bürgern in der wir-form von der BI und der ml in einem atemzug reden, müssen wir uns wehren. damit stoßen wir nicht ins reaktionäre antikommunistische horn, wie uns vorgeworfen wurde, sondern machen nur klar, daß wir die herausforderungen der k-freaks annehmen. es gibt nur 2 grundsätzliche beschlüsse der BI: parteilosigkeit und gewaltfreie aktion (vgl. dazu INFO 133: lehren

aus brockdorf). um die BI überhaupt aktionsfähig zu halten, muß man dabei bleiben. undemokratisch ist nicht das festhalten an beschlüssen, die fast einstimmig gefaßt wurden, sondern undemokratisch ist es, wenn totale minderheiten solche sachen immer wieder negieren, und scheinbar lieber die ganze sache zerbrechen lassen, als mal ihre phrasen für sich zu behalten.
zum vorwurf der spalterei: wenn die ml geht,. ist das eine a b s p a l t u n g von ein paar figuren, wenn die letzten bürger der BI den rücken zuwenden, ist diese bewegung wieder tot, die paar spontis, die das nicht einsehen, werden dann mit 2o k-freaks im revolutionären kampf von den bullen vom platz gewischt, mit ihrem ganzen traum von der allgemeinen linken solidarität.
der kalenderspruch für diese woche:
sponti sei wachsam - sponti mach klar
die linke ist nicht mehr das, was sie war
vergiß nicht die prügel von ml und gim
nimm den einheitsbrei als traum nicht mehr hin
sponti wehr dich sonst ists bald soweit
für dannies todesstrafe der volksentscheid.

(lieber artikelschreiberling: in zukunft bitte auf weißes papier tippen mit kleinstem zeilenabstand!!!)

Die Uni wird dicht und dichter

- Am Fb 16 (Germanistik) werden die KPD- Wahlaufrufunterzeichner vom Dienst suspendiert (Rothe), bzw. die Dozenten Bauer und Braunbehrens mit Disziplinarverfahren belangt.
- Am Fb 11 (OAS) steht ein Disziplinarverfahren gegen den KPD- Wahlaufrufunterzeichner R. Wagner an.
- Am Fb 11 (Phil.) ist der Vertrag von Wolfgang Lefèvre aus politischen Gründen nicht verlängert worden.
- An den Fbs 1 (Vorklinik), 13 (Historiker), 19 (Mathematik) steht die faktische Anwendung des Ordnungsrechts bevor.
- An fast allen Fbs drohen oder bestehen Disziplinar- und Reglementierungsmaßnahmen gegen die Studenten durch schikanöse Prüfungs- bzw. Ausbildungsordnungen.

Diese Liste kann beliebig verlängert werden.
Die Historiker haben in einem Flugblatt die exemplarischen Versuche der Durchsetzung des Ordnungsrechts dargestellt. Dies soll wegen der Bedeutung für die gesamten Unis auszugsweise dokumentiert werden.
Hatte die rechte Koalition (Liberale Aktion, Nofu, rechte Reformsozialisten und Reformgruppe) bei der Wahl Lämmerts zum Präsidenten der FU eine Niederlage erlitten, und war ihnen damit die Möglichkeit genommen, von der Zentrale der Uni- Verwaltung her ihre reaktionäre Rollback- Politik durchzusetzen, so versuchen sie es nun von ihren einzelnen Hochburger aus.
Das dies nun in einer speziellen Interimssituation geschieht und darüber hinaus an Fachbereichen wie dem Fb 13 versucht wird, wo das kleine verzagte Häuflein der Liberalen mundtot gemacht worden ist und die Rechten das Sagen haben, versprechen sie sich einen zweifachen Positionsvorteil-
Das Ziel dabei ist klar: auf kaltem Wege soll eine bestimmte Interpretation des Ordnungsrechts an einem Fachbereich exemplarisch in Realität umhemünzt werden und damit eine bessere Ausgangssituation zur Durchsetzung dieses ihres Ordnungsrechts auf Uni- Ebene geschaffen werden.
Dabei bedienen sich seine Protagonisten einer für uns besonders gefährlichen Taktik.
1. Der bisher als graue Eminenz agierende Großkopf Nolte will, juristisch und hochschulpolitisch gedeckt, von seinem Kompagnon Vize Jäckel derartige Realitäten schaffen, über die der bereits gewählte Präsident Lämmert nicht einfach würde hinwegsehen können.
2. Das für uns wesentlich bedeutungsvollere Moment ist aber, das der Angriff nicht zentral, womit die Studenten der gesamten Hochschule sich betroffen sehen würden, sondern an einem einzelnen Fachbereich erfolgt. Darin liegt die Gefahr der Isolierung der Studenten des Fb 13 von anderen Fbs und damit der Spaltung einer möglichen Bewegung gegen die reaktionäre Intention der Rechten.
3. Explizit ist Noltes Drohung gerichtet an "... Mitglieder einer kleinen studentischen Gruppierung." (Brief des Fachbereichsvorsitzenden Nolte an die Studierenden des Fb 13 vom 9.11.76). Diese Drohung ist nur scheinbar, nur an die Mitglieder einer kleinen studentischen Gruppierung gerichtet. In Wirklichkeit bedroht diese Politik die gesamte studentische Opposition. Es liegt auf der Hand, Nolte versucht die Studenten zuerst auseinanderzudividieren, um dann Einzelne, die sich noch gegen die Verhältnisse auflehnen, besser ans Messer liefern zu können.

Was bedeutet dieser Vorstoß im Kern?

Bisher wurde die politische Disziplinierung, soweit sie die Uni betrifft, vor allem auf zwei Ebenen vorangetrieben. Einmal im Rahmen der Universität selbst, indem gegen fortschrittliche Dozenten Verfahren eingeleitet wurden, was auch schon zu Entlassungen geführt hat, und zum Anderen im Bereich des Übergangs vom Studium zum Beruf, wo sich der Staat inzwischen mit Hilfe von Anhörungsverfahren, politischer Überprüfungen und Verpflichtungen auf eine bestimmte Auslegung des Grundgesetzes (FDGO) rom Instrumentarium geschaffen hat, mit dem er gegebenenfalls Berufsverbote verhängen kann. Damit wurde insgesamt bei den Hochschulangehörigen eine allgemeine Atmosphäre der Angst hergestellt und der Boden für Duckmäusertum und Opportunismus bereitet. Damit jedoch nicht genug. Jetzt richten sich diese Maßnahmen direkt gegen die Studierenden selbst und ihrem tagtäglichen Kampf um demokratische Zustände an der Uni. Und dies in dreierlei Hisicht: 1. Wer sich in Zukunft wie bisher die Formen des Lehrbetriebs, gegen Ordinarienherrlichkeit und Besserwisserei auflehnt, gilt als Störer des ordungsgemäßen Ablaufs des Wissenschaftsbetriebs, als einer, der sich nicht "... auf wissenschaftliche Weise an der Sache bewährt" (Nolte, s.o.) und soll damit jederzeit ordnungsrechtlich belangt werden können. 2. Wer sich in Zukunft wie bisher für soziale studentische Interessen einsetzt (BAFöG, Studienordnung, etc.), gilt als Störer des ordnungsgemäßen Ablaufs des Wissenschaftsbetriebes, weil er "... in einem verlogenen 'Klassenkampf' die Dozenten zu nötigen versucht" (Nolte, a.a.O.), und soll damit

jederzeit und nach Gutdünken des jeweiligen Lehrenden ordnungsrechtlich belangt werden.

Wer führt hier Klassenkampf?
Und wer führt ihn verlogen?
Wer stellt hier die Freiheit von Wissenschaft und Lehre in Frage?
Ihre marktschreierischen Ideologen machen sich wieder einmal daran sie zu Grabe zu tragen.

Streik ja! aber wie?

JURISTENFLUGBLATT

Streik fast überall... die Germanisten streiken nunmehr schon in der dritten Woche, das OSI hat aus Solidarität dicht gemacht, die PH auch, PI, Soziologen, Historiker haben selber genug Gründe für einen Streik. FHW und TFH streiken auch noch.
Streik auch bei den Juristen?
Jedenfalls wird schon sehr viel gemunkelt und wird auch allgemein als garnicht so schlecht angesehen.
Am Mittwoch soll die FachbereichsVV planmäßig eine Streikurabstimmung beschließen.
O.K., was soll das?
Die Germanisten haben ihren einwöchigen Streik schon zweimal um dieselbige Länge auseinandergezogen, weil ihre Forderungen noch nicht erfüllt sind. Der politische Senat denkt auch nicht daran, "alles geht seinen rechtmäßigen freiheitlich demokratischen Gang" (Entschuldige bitte W.B.). Na ja, damit haben die wohl auch gerechnet - obwohl von Anfang an und immer noch von "Streik als unserer härtesten Kampfmaßnahme", "Streik solange, bis unsere Forderungen erfüllt sind" geredet wird - wird schon nach Ersatzkriegsschauplätzen Ausschau gehalten: - Die KHG, die es bei den Germanisten wohl noch gibt, wähnt schon bei Löfflers Staatsbesuch (mit Leibgarde) im Peter Paul Zahl- Institut das drohende Grummeln heranahender blaubefrackter Staatsschützler als Halali zur unausweichlichen Entlarvung des reaktionären SPD- Senats, wonach sich dann die Massen fester um die noch ausstehende Gründung einer KP zu scharren hätten.
- Dem Streikvolk wird einiges an Kurzweil geboten, Fêten, "Kulturtrupps", Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender, Zimbabwe, usf.,alles für sich genommen "wichtige" politische Themen, sicherlich.
Dennoch zeichnet sich an verschiedenen Punkten - ohne folkloristischen Anhang - eine Perspektive ab, die von uns zu beachten wäre. Das sind die Diskussionsansätze, die sich um die eigene Situation an der Universität drehen.
Eine Möglichkeit, sich über Berufsperspektive, inhaltliche und formale Gestaltung des Studiums und der eigenen persönlichen Situation zu verständigen, um möglicherweise (hoffentlich) sich und damit auch die Uni qualitativ zu verändern.
um das hier mal klar zu sagen, der ein, zwei, drei oder auch vierwöchige Streik schafft dem Rothe und auch nicht dem Bauer die politische Überprüfung vom Hals. Er hat in der bisher praktizierten Form lediglich demonstrativen Charakter und kann von daher den politischen Senat zu nichts zwingen. Demonstrative Streikformen kann der Senat in sein Kalkül mit aufnehmen.

Er ist für ihn berechenbar und überschaubar.
Was der Streik aber ist, sollte nicht heruntergespielt werden, ein Vehikel zur Initiierung permanenter Diskussionsprozesse zur qualitativen Veränderung des Studiums.

Streik ja, aber dann auch richtig.

Wie wär's denn nun mit dem unbefristeten Streik, etwa für ein Semester, oder auch für länger? Ein solcher Streik wäre schon keine Demonstration mehr, er hätte direkten Einfluß auf die Hochschulpolitik des politischen Senats.
Die Hälfte des 3/4 Mrd. Unihaushalts wäre verpulvert, wenn das Semester abgebrochen werden müßte. Die Spramaßnahmen hätten sich die Politiker sparen können, sie würden im Gegenteil viel mehr draufzahlen müssen.
Selbst mit dem numerus clausus könnte nach einem abgebrochenen Semester das Chaos der Überfüllung nicht unter Kontrolle gebracht werden. Die Examina würden sich verzögern, sicherlich kein Druckmittel bei der schon jetzt manifesten Arbeitslosigkeit. Es werden beispielsweise sowieso nur ca. 450 Lehrer von den ca. 3000 Lehrerstudenten bei den Germanisten gebraucht. Auch das BAFöG müßte weitergezahlt werden. Wer wäre denn nicht in der Lage zu beweisen, daß sie/er als "lernwilliger" Student von den "bösen" Radikalen am ordnungsgemäßen Studium gehindert worden ist?

Statt die mit Regelstudienzeit angestrebte "Beschleunigung der Umwälzrate der Studenten" zu erhöhen, würde der "output" gebremst.
Ein weiterer Grund für die bürgerliche Öffentlichkeit dem politischen erneut seine gescheiterte Hochschulpolitik um die Ohren zu hauen.
Diese Möglichkeit eines Streiks müßte mit allen positiven und negativen Konsequenzen für uns diskutiert werden.
Bei einem unbefristeten Streik hätten die Befriedungsstrategen aus dem Präsidialamt keine Interventionsmöglichkeit mehr. Es gäbe dann nichts mehr, was es zu bequatschen gälte. Demonstrative Bulleneinsätze hie und da wären ebenfalls sinnlos, die Sicherheit und Ordnung könnte nur noch massiv hergestellt werden.
Schon gut, ihr habt ja recht. Militärtechnisch sind wir den law an order freaks unterlegen, und wir sollten uns nicht nur deswegen nicht auf diese Ebene einlassen.

Prinzipiell sollten bürgerliche "Verkehrsformen nicht mit den gleichen - nur von anderer Seite - beantwortet werden. Wir weichen der Gewalt, wir lassen uns schon was anderes einfallen, als uns mit den Bullen rumzuprügeln, außerdem sind wir ja viel zu schwach. Immer das Ohr am Herz der Massen, wie der Verflossene aus Peking immer zu sagen pflegte.
Aber n'paar Dinge zeigen diese Gedanken zum Streik schon. Uns kann keiner weis machen, daß wir mit einem ein-, zwei-, ... - wöchigen Streik die politische Gesinnungsschnüffelei vom Tisch kriegen. Der Streik kann von vornherein nur demonstrativen Charakter haben, er kann aber gleichzeitig - und das ist positiv - ein Mittel sein, endlich mal unsere eigenen Steine ins Rollen zu bringen. Wir haben genug aufgestaut und aufstauen müssen: Projektgruppen gibt's kaum noch, Leistungsdruck und Konkurrenz ist schon zum Inhalt unseres eigenen Verhaltens geworden. Darüber und über vieles andere müssen wir reden, da kann es uns helfen, wenn die Vorlesungen, AGs und Seminare dicht sind. Wenn aber ein Streik Vehikel zur Initiierung von Diskussionsprozessen helfen kann, darf er auch nicht zum Selbstzweck verkommen. Es müssen alternative Aktionsformen diskutiert werden da, wo Streik als Mittel nichts taugt. Was soll denn z.B. mit den Bibliotheken passieren. Viele haben schon wochenlang für ihre Hausarbeiten geackert, soll das alles umsonst gewesen sein. Die ganze Scheiße im nächsten Semester nochmal? Und was sollen erst die Examenskandidaten machen? Und, und ...

Euer liebes SAK ♡

ZUR UNI-VV an der FU

verflucht, bin ich sauer.
das war wirklich eine schlechte politshow. und nannte sich uni-vollversammlung. geschehen am 24.11. im audi-ma(r)x.
ich will hier keine traurigkeiten verbreiten. davon gibt es schon genug! im folgenden versuche ich noch einmal den verlauf nachzuzeichnen, um daran konstruktive kritik zu äußern, damit sich sowas nicht nocheinmal wiederholt.
zu beginn wurden 2 berufsverbote von den betroffenen selber dargestellt. es blieb aber bei einer beschreibung, die im wesentlichen nichts neues brachte.
dann folgte eine darstellung der streikaktivitäten an den verschiedenen fachbereichen. gut und schön. es tut wohl, zu hören, daß viele fachbereiche den streik beschlossen haben. es fehlten aber die konkreten vorschläge, wie unser kampf gemeinsam geführt werden kann, unter welchen forderungen, mit welchen aktionen und mit wem als bündnispartner. außerdem wurde nicht benannt, wie und was während derstreikaktivitäten an inhaltlicher arbeit schwerpunktmäßig laufen soll. klar ist doch wohl, daß wir während des streiks inhaltlich an dem arbeiten, was der staat als gesamtkapitalist uns durch die berufsverbote verbieten will.

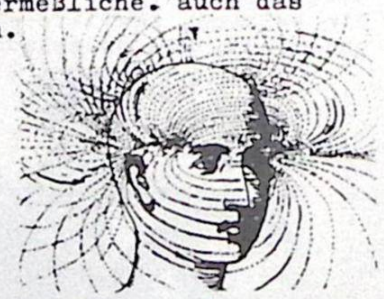
der gesellschaftliche charakter der laufenden politischen disziplinierungen und der finanziellen misere ist nur von den soziologen angesprochen worden.
danach folgte die diskussion, in der meiner meinung nach wesentliche punkte angesprochen wurden, wie solidarität innerhalb der linken, mittelbauer und professoren aufzufordern, stellung zu beziehen, einbeziehnug anderer ausbildungsbereiche in den streik, die von den gleichen schweinereien betroffen sind, da dies unsere bündnispartner sind! all das halte ich für wesentlich!!!!! aber es wurde lediglich beifall geklatscht, ins eine ohr rein, aus dem anderen wieder raus. wenn diskussionen nicht dazu dienen, klarheit über unseren streik und dessen perspektive herzustellen, wenn wir da nur auch mal zu worte kommen dürfen, dann können wir drauf scheißen. aber kräftig! diese diskussionen sollten protokollarisch festgehalten werden, um zu schluß der diskussion nochmal zusammengetragen zu werden. daraus sollten dann die weiteren schritte entwickelt werden. und nicht, wie es gelaufen ist, mit fertigen

resolutionen anzutanzen, die dann in einer überflüssigen kampfabstimmung gegeneinander durchgepeitscht werden. so' quatsch.
ich gehe nicht auf eine vollversammlung, um irgendwelche mehr oder wenige flache resolutionen durchzudrücken, sondern um klarheit zu bekommen über unser weiteres gemeinsames vorgehen. darüber stand in den resolutionen nichts. oder nur sehr, sehr wenig.
nach dem chaotischen kampfgetümmel bin ich gegangen, weil ich die schnauze gestrichen voll hatte.

was sollten wir daraus lernen?
es herrscht nun mal allgemeine unklarheit über die streikpersektive. von daher will ich meine kritik nicht personell festmachen. die vorbereitungsgruppe ist nicht alleine verantwortlich zu machen, sondern wir alle.

es wird von altsemestern immer wieder angesprochen, daß ein student(inn)enstreik ja doch nichts bringen kann, weil er bislang nichts gebracht hat. die erfahrungen sind negativ, bleiben sie auch, wenn wir uns nicht endlich mal bequemen, aus den alten fehlern zu lernen, wenn wir nicht endlich aufhören mit diesem traurigen geblubber.

bislang liefen die streiks immer begrenzt auf den unibereich. darin liegt auch die wesentliche schwäche, das ist für mich der hauptsächliche fehler, der bsilang immer alles scheitern ließ.
wir müssen also, wenn wir erfolgreich sein wollen, über die uni hinaus uns mit denen zusammenschließen, die von den politischen disziplinierungen und der finanziellen misere genauso betroffen sind, wie zum beispiel die fachhochschulen, der zbw und die übrigen schulen.
dazu gehören auch die ausbildungsbereiche in der produktion. ich gehe erstmal davon aus, daß diese nicht in den streik treten. ich finde es aber wichtig, die gruppen, die in diesen bereichen arbeiten (gewerkschaftsgruppen + betriebsgruppen), anzusprechen, um ihnen die möglichkeit zu geben, mit unserem kampf und unseren forderungen solidarisch zu sein!
diese bereiche können aber nur mit einbezogen werden, wenn wir allgemeine forderungen aufstellen, die für ihre bereiche genauso zutreffend sind.
als beispiel:
für die sofortige einstellung der vom berufsverbot betroffenen
für die finanzielle absicherung unserer ausbildung.
das wären die 2 hauptparolen, die dann durch die jeweils spezifischen forderungen der verschiedenen bereiche konkretisiert werden.
zum anderem muß der gesellschaftliche charakter der politischen disziplinierungen und der mittelkürzungen aufgezeigt werden. der ausbildungsbereich ist ja nicht allein davon betroffen. auch der produktionsbereich fällt darunter. die reallöhne sinken ständig, die preise klettern kräftig und die gewinne der konzerne gehen ins unermeßliche. auch das muß klar gesagt werden.



es muß ebenfalls gesagt werden, daß wir die materialistischen (linken) theorieansätze an der uni behalten wollen, da sie für uns ausgangspunkt unserer gesellschaftskritik sind. und wenn dieser bürgerliche staat sich als demokratischer versteht, dann haben wir genauso das recht, vertreten zu sein an der uni und im gesamten ausbildungsbereich wie die bürgerlichen gesellschaftstheoretiker.
wenn uns dieses recht genommen werden soll, dann müssen wir gemeinsam dagegen kämpfen.
gemeinsam heißt und kann nur heißen: mit allen betroffenen. durch dieses gemeinsame vorgehen erreichen wir auch eine neue qualität. da kann dann nicht mehr von den bürgerlichen schreibtischtätern und revolverblattjournalisten behauptet werden, es streiken wieder mal so'n paar wildgewordene linke an der fu. da werden sie ins schwitzen kommen, wenn die fachhochschulen, zbw und andere ausbildungsbereiche mit uns in den streik treten, um gegenüber dem kapitlistischen staat unsere berechtigten interessen durchzusetzen.
und noch etwas zu denen, die meinen wir haben es ja sehr leicht, und können ja ruhig streiken. diese zeiten sind vorbei.
laut bafög-bestimmungen kann das bafög denjenigen gestrichen werden, die länger als 6 tage im streik stehen.
laut hrg(hochschulrahmengesetz) können diejenigen student(inn)en für 2 jahre von der uni geschmissen werden, die als streikposten seminare verhindern oder an streikversammlungen, die nicht genehmigt worden sind, in universitätsräumen teilnehmen. das heißt, wenn wir aktiv und militänt streiken, dann setzen wir damit auch unsere ausbildung an der uni aufs spiel. das sind heute wesentlich andere bedingungen, härtere als zu den zeiten der studentenbewegung 67/68. was uns aber nie davon abhalten wird, für unsere berechtigten interessen einzutreten. was aber für euch, die ihr nicht in der uni seid, heißen muß, uns zu unterstützen!

Streik gegen politische disziplinierung
jetzt auch an der pädagogischen hochschule

Wir haben in der LAUS und auch in seminaren ziemlich lange über die konkreten studienbedingungen an der ph diskutiert,über die bedingungen,die uns konkret und tagtäglich disziplinieren und uns den unternanegeist einimpfen sollen,das sind ständige leistungskontrollen,verschärfte prüfungsbedingungen, anwesenheitslisten,angst vor dem ordnungsrecht usw.
diese verschäfungen sind aber nicht zufällig,diese atmosphäre der angst und ohnmacht ist nur der ausdruck und die fortsetzung der schärfsten und direktesten unterdrück -; ungsmaßnahmen des staates,wie sie sich in den berufsverboten gegen lehrer und wissenschaftler,in maßnahmen gegen zeitungen, in terror gegen strafgefangene und offenen terror gegen die bevölkerung(wie in brokdorf)ausdrücken. Der staat schlägt überall, wo sich widerstand regt mit brutaler härte zu,und die meisten von uns weichen immer weiter zurück, bis zur völligen einschüchterung.

Wehren wir uns dagegen???

Wir fragten uns alsq, was ist allen verschärfungen gemeinsam, wie können wir von der ebene herunterkommen, wo wir nur noch reagieren können, wie müssen unsere kurzfristigen aktionen und perspektiven aussehen??
Wir haben uns selbst gefragt,wie sieht es bei uns in den seminaren aus, und wie verhalten wir uns? Wir merkten, daß viele verschärfungen für uns schon selbstverständlich sind. Wir tragen uns selbst in anwesenheitslisten ein, schreiben klausuren mit, kämpfen individuell um hauptseminarplätze und trauen uns nicht, in seminaren den mund dagegen aufzumachen.
Jeder versucht stattdessen, sich individuell durchzulavieren, den weg des geringsten widerstands zu gehen, man ja sowieso nich s machen.

Wehren wir uns dagegen!!!!!!!

Wir haen uns überlegt, wie wir uns gegen diese zustände wehren können. Es ist uns natürlich klar, daß wir die hochschule an entscheidenden punkten, wie studieninhalte und -formen nicht grundsätzlich ändern können, sondern wir sind im moment in der

situation, die in der studentenbewegung erkämpften rechte der studenten verteidigen zu müssen.

COMMUNE INFORMIERT

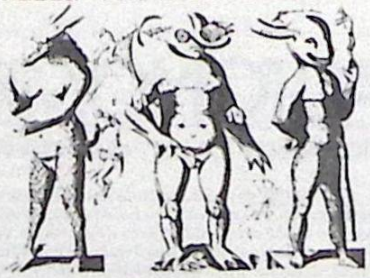
wir bringen naechste woche etwas zu dem artikel ueber die courageanzeigen!

COMMUNE FORDERT AUF:

derjenige mit schwarzen haaren, schwarzen bart, weisser mantel, soll das geklaute buch zurueck bringen, oder wenn er keine skrupel hat, soll er ja nicht wieder in den laden kommen. er hat andere buecher fuer 8.- mit zitternden haenden bezahlt!

Trotzdem, wir dürfen und können uns mit unserer jetztigen situation nicht abfinden, wir müssen immer wieder dagegen protestieren, solange das noch möglich ist,selbst wenn wir keine sofort sichtbaren, konkreten erfolge erzielen.
Die konkreten widerstandsformen müssen zuallererst in den seminaren laufen, indem wir uns z.b. gemeinsam weigern, anwesenheitslisten zu unterschreiben,klausuren zu schreiben etc. und, positiv dagegen, studienkollektive bilden, in wahlfachaktiven(das sind lose zusammenschlüsse von allen aktiven studenten eines studienfaches)arbeiten usw..
Das weitestgehendste und schärfste gemeinsame widerstandsmittel ist der aktive militante streik!
Nach umfangreicher seminaragitation, ausgelöst durch den germanistenstreik, entwikkelte sich innerhalb einer kurzen zeit eine breite streikbereitschaft, so daß sich die zweite, sehr gut besuchte und inhaltlich sehr konstruktiv verlaufende VV in dieser woche mit überwältigender mehrheit(776:75:44) für einen aktiven solidaritäts-und proteststreik unter folgenden hauptforderungen entschied.

1.Forderungen die unsere solidarität ausdrücken:
- SOLIDARITÄT MIT DEM STREIK DER GERMANISTEN UND ALLER WESTBERLINER HOCHSCHULEN!!
- SOLIDARITÄT MIT ALLEN VOM BERUFSVERBOT BETROFFENEN!!



Vielen von uns fällt es schwer, sich mit den betroffenen, die meist von sogenannten kommunistischen organisationen als beweis ihrer fortschrittlichen politik verwertet werden,zu solidarisieren. Es geht bei dieser solidarität aber nicht um das votum für die politik der KPD,KBW,SEW,sondern um unseren widerstand und protest gegen jegliche staatliche unterdrückung und die immer stärker werdenden einschränkungen elementarster rechte undfreiheiten.

2.Als protest gegen die verschärfungen unserer studiensituation fordern wir:
- WEG MIT DEM REAKTIONÄREN HOCHSCHULRAHMENGESETZ,ORDNUNGSRECHT UND DEN ALLGEMEINEN BESTIMMUNGEN FÜR DEN LEHRBETRIEB!

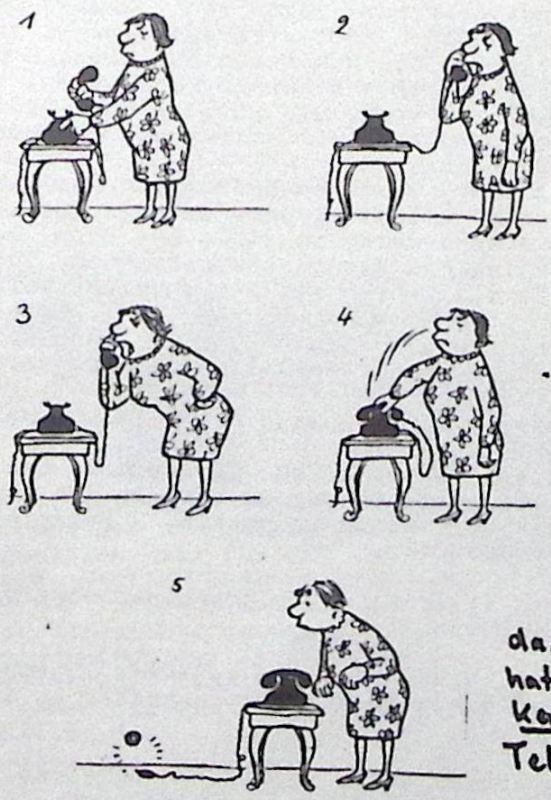
Gegen die direkte politische disziplinierung aktiver studenten und dozenten stellten wir die forderungen:
- SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON INE NIEPOLD-KAYSER UND BERND HOFFMANN!!

Dies sind fortschrittlich ph-dozenten, die während der letzten drei semester als angebliche radikale aus dem öffentlichen dienst entfernt wurden;
für den kommilitonen,der wegen angeblicher mitgliedschaft in der ADS und SEW nicht in den schuldienst übernommen werden soll, fordern wir:
- SOFORTIGE EINSTELLUNG VON GÜNTHER HERMANNS IN DEN SCHULDIENST!!

Während unseres streiks im letzten semester wurden bei ziemlich brutalen knüppeleinsätzen der polizei an der ph und nach einer demonstration willkürlich 6 kommilitonen herausgegriffen und festgenommen. Dagegen sie jetzt die straf und ermittlungsverfahren anlaufen, ist unserer konkretester protest gegen die politische disziplinierung von uns studenten:
- ZURÜCKNAHME DER ANZEIGEN GEGEN DIE IM LETZTEN STREIK FESTGENOMMENEN PH-STUDENTEN UND EINSTELLUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN!!

Als weitergehende forderungen stellten wir außerdem noch auf:
- KEINE FESTLEGUNG AUF DIE"FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG" !!

und, als umfassendste politische forderung
-- FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG, BERUF UND GEWERKSCHAFT !!----



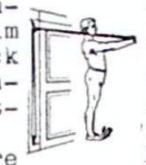
IN Eigener Sache

INFO- ARTIKEL haben bis FREITAG hier zu sein. wir machen nur ausnahmen bei aktuellen artikeln.
AM MONTAG ist ab 17.oo immer INFO-legen.wir brauchen dazu wirklich DEINE hilfe.jetzt wo die auflage 3.3oo betraegt,wir 's hier echt heavy jeden montag.wir sehen uns dann.

ROSA Winkel?

Das ist doch schon lange vorbei...

Im Rahmen der Veranstaltungen, die die seit 3 Wochen streikenden Germanisten gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung durchführen, wird am Donnerstag, dem 2. 12. um 15 h im Hörsaal 1a des Peter-Paul-Zahl-Instituts (ehemals Rostlaube), 1/33 Habelschwerdter Allee 43 -45, U-Bahnhof Thielplatz, der Film "Rosa Winkel? - Das ist doch schon lange vorbei..." im Beisein seines Produzenten Detlef Stoffel gezeigt. Es ist ein Film über die gerade Linie der Schwulenunterdrückung vom Faschismus bis heute. Die Produzenten schreiben hierzu:"In den Konzentrationslagern der Hitlerfaschisten gab es eine Häftlingsgruppe, die von den Geschichtsschreibern bis heute gern 'vergessen' wird: Die Homosexuellen. Gekennzeichnet waren sie durch den Rosa Winkel, ein auf der Spitze stehendes rosa Dreieck, das an der Kleidung aufgenäht war. Die Männer mit dem Rosa Winkel wurden nicht nur von den Faschisten, sondern oft auch von ihren Mitgefangenen brutal unterdrückt.



Nach dem Krieg änderten die Herrschenden und die Bevölkerung der BRD ihr Verhalten gegenüber Schwulen kaum. Der von den Nazis verschärfte § 175 wurde nicht verändert, KZ - überlebende Schwule erhielten bis heute keine Wiedergutmachung.

Auch nach 2 Liberalisierungen des § 175 gehören Diskriminierung und Existenzvernichtung noch immer zum täglichen Leben von Homosexuellen.

4 Betroffene berichten:
Otto Jänisch; ihm wurde zunächst verweigert, Rechtsanwalt zu werden. Nach behördlicher Auffassung waren Homosexualität und Anwaltschaft nicht miteinander vereinbar.
Werner Janik, Mitglied einer Bonner Schwulen-Emanzipationsgruppe wurde von 2 Gerichten zu einer 3-monatigen Haft verurteilt, weil er sich weigerte, die Namen von Mitgliedern seiner Aktionsgruppe vor Gericht zu nennen.
Olaf Meyer- Sievers, die Polizei holte den Hamburger Schüler buchstablich aus dem Bett seines Freundes.
Reinhard Koepp wurde in Westberlin aus dem Schuldienst entlassen, weil er sich öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte. Obwohl Schüler und Eltern protestierten, ist er bis heute als Lehrer mit Berufsverbot belegt.

Die Ideologie der Vernichtung von Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechn, wurde zwar oberflächlich verschleiert, praktisch aber in ihrer ganzen Brutalität erhalten.

Seit einiegn Jahren haben Schwule begonnen, gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen und ihr Schwulsein öffentlich zu machen. 2 Beispiele werden vorgestellt:

Die Arbeit einer schwulen Emanzipationsgruppe aus der Provinz

Szenen aus 'Brühwarm - ein schwuler Jahrmarkt', dem ersten schwulen Agitationstheater in der BRD.

Der Rosa Winkel wurde inzwischen zueinem internationalen Symbol der Schwulenbewegung.

Eine Erinnerung daran, wohin Schwulenunterdrückung führen kann, wenn Schwule nicht aktiv für ihre Rechte kämpfen.

SCHWULENUNTERDRÜCKUNG BETRIFFT JEDE/N, DIE/DER SICH GEGEN DIE REGLEMENTIERUNG UNSERES KÖRPERS WENDET!"

Wenn wir gegen politische Unterdrückung kämpfen, dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß Unterdrückung über den politisch-öffentlichen Lebensbereich hinausgeht, bis in die sogenannte Privatsphäre hineinreicht. Wir sollten beachten, daß gerade die Trennung in private und öffentliche Breiche ein Teil der Repression ist, der wir ausgesetzt sind. Diese Trennung müssen wir im Sinne einer ganzheitlichen Emanzipation überwinden. Bisher ist für dieses Ziel am konsequentesten die Frauenbewegung eingetreten. Es gilt jetzt, die seit dem Niedergang der antiautoritären Bewegung innerhalb der von Politmackern dominierten Linken eingeschlafene Diskussion neu zu beleben. Unsere umfassende Sinnlichkeit wird im Verlauf unserer Sozialisation verschüttet. Auf dem Gebiet der Sexualität wird die Sinnlichkeit in Formen gepreßt, die dann als Zwangs-Hetero bezw. Homosexualität erscheinen. Dabei wird die Homosexualität in besonders großem Ausmaß unterdrückt (Berufsverbote gegen offen Schwule, Sondergesetze wie §175, "gesundes Volksempfinden"-)
In der Diskussion, die sich der Aufführung des Films anschließen wird, wollen wir zeigen, daß der Kampf gegen politische Unterdrückung die Wiedereroberung unserer ALLER Sinnlichkeit einschließen muß.

Einige schwule Germis

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

Die AUTONOMIE ist eine linksradikale Zeitschrift in der Tradition der antiautoritären Bewegung. Sie konzentriert sich auf eine Diskussion und eine kämpferische Realität, die hierzulande immer zu kurz gekommen ist: auf den Kampf gegen die Arbeit, auf die Verweigerung, auf die Revolte und die Subversion. Wir versuchen, die verschüttete Tradition dieser Kämpfe und Bewegungen aufzuspüren; ebenso befassen wir uns mit diesen oft organisationsfeindlichen, aber revolutionären Kräften, die sich heute – im Osten wie im Westen – im Innern der Gesellschaften entwickeln. Zu ihnen gehört für uns auch die Alternativ- und Gegenkulturbewegung. Die Zeitschrift soll ein theoretischer Beitrag für die Herausbildung einer neuen und erfahreneren Revolte sein.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Die AUTONOMIE erscheint unregelmäßig, mindestens jedoch gibt es jährlich vier Hefte. Aus dem Inhalt der beiden letzten Nummern:

3.
- Arbeitslosigkeit und Krise: zur aktuellen Diskussion
- Für eine revolutionäre Ideologie der Region
- Sardinien – eine Kolonie?
- Die Region am Oberrhein
- Kuh und Computer. Befreiende Technologie?
- Selbstbefriedigung (über Pilgrims Buch)

4.
- Archipel Gulag, Archipel Buback
- Politik und Leben
- Knastrevolten in Italien
- P.P.Zahl: über Verena Stefan
- Den Reformismus benutzen?
- Berliner Freaks 1848
- Sozialistische Alltagsrepression: DDR

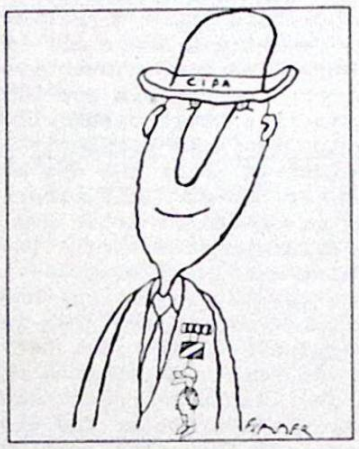
AUTONOMIE: Einzelheft DM 6.00. Abonnement: 5 Hefte DM 30.00. Zu beziehen über: Trikont-Verlag, Josephsburgstr.16, 8 München 80. Konten: M.Rohner, Postscheckamt München 31 2214 - 809; Hypo-Bank München - Ostbahnhof 4280126972.

Wir sind 850, und wir wollen 850 bleiben!

(flugblatt der kollegen der aeg-ackerstr.)
Dieses flugblatt ist von kollegen der aeg-ackerstr geschrieben. wir wollen endlich mal zur schließung unseres werkes stellung nehmen. zusammengesetzt haben wir uns, um die diskussion darüber zu beginnen was der betriebsrat, die gewerkschaft und wir gegen die schließung machen können.

die aeg hat vor unser werk zuzumachen, 317 kollegen zu entlassen und will den rest angeblich in die sickingenstr übernehmen. das betrifft nicht nur uns, dasselbe hat aeg mit den werken weil/oberfranken und vechta/oldenburg vor. dabei handelt es sich nicht um wirtschaftliche schwierigkeiten, denn unser werk arbeitet ja seit einiger zeit mit gewinn.

seit 1970 sind in westberlin 3ooo kollegen der aeg entlassen worden, jedoch ist dabei der umsatz pro beschäftigten in 3 jahren um 15ooodm gesteigert worden. dabei stieg der warenausgang in einem jahr um 15% in westberlin! insgesamt sind in der brd ca. 7% der kollegen entlassen, aber im ausland (billiglohnländer) 14% eingestellt worden.



eine bodenlose frechheit was aeg-kapitalist cipa sagt: "heute kann man mit weniger kollegen mehr produzieren" - es sollen nur noch arbeitsplätze sicher sein, die rentabler arbeiten! das ist die kapitalistische logik - runter mit den lohnkosten - rauf mit der produktion! deswegen soll z.b. nur noch die endmontage in westberlin gemacht werden, denn dabei kann aeg die berlin-beihilfe einstreichen!

bei den 317 entlassungen wird es nicht bleiben, wo soll denn der rest hin, wenn vor einem jahr die lehrwerkstätten in die sickingenstr. eingezogen sind und nur noch ein stockwerk frei xxx sein soll? in der brunnenstr, sollen 2oo entlassen werden (BZ -9-7-76) selbst in der sickingenstr sollen kollegen aus der hochfrequenz auf die straße gesetzt werden.

Wir fordern: OFFENLEGUNG SÄMTLICHER RATIONALISIERUNGSPLÄNE - UND ENTLASSUNGSPLÄNE

---

jahrelang hat man uns verarscht: wenn wir aus den roten zahlen rauskommen ist unser arbeitsplatz sicher. deshalb dürfen wir uns nicht einreden lassen, daß stärkeres ranklotzen, akkordhochschrauben und krank zur arbeit kommen, cipa, schlegel und konsorten dazu bringt uns in die sickingenstr zu übernehmen. wenn wir noch mehr ackern als vorher, wird die erhöhte stückzahl in den akkord übernommen! wir dürfen uns nicht länger antreiben lassen - wir werden uns nur spinnefeind und cipa ist der lachende dritte!

auf der vorletzten betriebsversammlung erzählte schlegel noch mit rosigen worten, wie gut die gewinne gestiegen sind, als lohn der angst ist die ford-produktion noch übernommen worden, - ein paar wochen später war die schließung perfekt!

der betriebsrat sagt, er will mit hilfe von wirtschaftsausschuß und neutralem gutachter die schließung verhindern, es soll festgestellt werden, daß die schließung angesichts der guten wirtschaftlichen lage ungerechtfertigt ist, daß die begründung von cipa nicht stimme (der wird bestimmt 'ne andere finden) und die ig-metall hat alle aeg-betriebsräte aus westberlin eingeladen um kampfmaßnahmen zu beschließen (hört, hört!)

der betriebsrat sagt in seinem info nr.1 das die angesetzten überstunden für die erfüllung von termingebundenen aufträgen erforderlich seien - sollen wir uns etwa fertigmachen, nur damit aeg keine konventionalstrafe zahlen muß?? - die alte geschichte - wir wollen ackern wie verrückt und an betriebsrat und gutachter glauben wie an die gute fee! aus dem märchenalter sind wir heraus!

die kollegen der aeg-werke vechta und oldenburg haben es richtig gemacht, sie sind zu 8oo auf die straße gegangen und haben für den erhalt ihrer arbeitsplätze demonstriert!

auch bei PROFILO, einer tochterfirma der aeg-telefunken in der türkei wurde der betrieb bestreikt und besetzt!

WIR SIND 850 UND WOLLEN 850 BLEIBEN!

Tagesspiegel

SONNTAG, 28. NOVEMBER 1976

AEG-Telefunken investiert mehr in West-Berlin

Tsp. Berlin. Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft AEG-Telefunken, Frankfurt a. M., wird 1977 rund 45 Mill. DM in West-Berlin investieren nach 42 Mill. im laufenden Jahr und 35 Mill. in 1975. Wie der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Dr. Walter Cipa, vor Berliner Journalisten erklärte, werden im Berliner Bereich in diesem Jahr rund 90 (71) Mill. für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Der Sprecher wehrte sich in diesem Zusammenhang gegen den Vorwurf der „Berlin-Feindlichkeit". Bei AEG-Telefunken gehe es darum, den Tätigkeitsrahmen des Konzerns den gegebenen finanziellen Möglichkeiten anzupassen, bei den dazu notwendigen Überprüfungen könne man kein Arbeitsgebiet, das gelte auch für Berlin, aussparen. So sei die Belegschaft in der Stadt in den letzten fünf Jahren parallel zu den westdeutschen Betrieben auf 15 300 Mitarbeiter abgebaut worden. Bis Ende September ist der Berliner Auftragseingang um 15,9 Prozent auf 899 Mill. und der Warenausgang aus Produktion um 13 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 815 Mill. gestiegen. Die Berliner Kapazitätsauslastung stellte sich auf etwa 70 Prozent. Den angekündigten Entlassungen in der Ackerstraße dürften längerfristig gesehen Einstellungen in etwa gleicher Größenordnung gegenüberstehen.

Die ohnehin schwierige Lage bei AEG solle nicht noch verhärtet werden, erklärte Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder auf die Forderung der IG Metall, die öffentliche Hand solle eine „Rüge" gegenüber dem Unternehmen aussprechen. Die Einflußmöglichkeiten des Staates lägen im wesentlichen im Anbieten von Finanzierungshilfen. Wenn ein Unternehmen wie die AEG davon nicht Gebrauch machen könnte, weil keine betrieblichen Probleme dadurch zu lösen wären, sei die öffentliche Hand mit ihrer Einflußnahme praktisch am Ende. Er bliebe dann nur noch übrig, ein Bedauern auszusprechen. Lüder teilte in einem Schreiben an den Bevollmächtigten der IG Metall in Berlin, Horst Wagner,

---

Der Genosse vom STSZ, der unsere Schreibmaschine reparieren wollte - soll sie wiederbringen! INFO!!! P.S. natürlich repariert!

CHILE-KOMITEE SCHLIESST KBW AUS

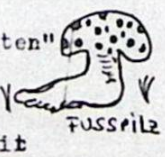
Das Westberliner Chile-Komitee hat zwei Mitglieder des KBW ausgeschlossen.
- weil der KBW einen großen Teil der bisherigen Chile-Solidaritätsarbeit heute als bürgerlich imperialistisch diffamiert und bekämpft
- weil der KBW jedes breitere Bündnis antiimperialistischer und antifaschistischer Kräfte verhindert
- weil der KBW häufig genug gezeigt hat, dass er nicht breit ist, sich an Mehrheitsentscheidungen zu halten, wenn sie seinen politischen Vorstellungen nicht entsprechen.

Es ist das erste Mal, dass das Chile-Komitee Mitglieder ausschließt. Das letzte Mittel des Ausschlusses war aber in diesem Fall nicht zu vermeiden, wollte man nicht die Weiterarbeit des Komitees überhaupt unmöglich machen.
Das Chile-Komitee wird zum allgemeinen Politikverständnis des KBW, zu seiner Chile-Politik und zu seinen Umgangsformen im Verhältnis zu anderen politischen Gruppen noch ausführlich Stellung nehmen. Hier ist nur auf folgendes hinzuweisen:

1. Das Politikverständnis des KBW

Das in den Positionen des KBW zugrundeliegende Fragen des antiimperialistischen Kampfes, hier: der Chile-Solidaritätsbewegung zum Ausdruck kommende Politikverständnis bestimmt auch sein Verhältnis zur politischen Öffentlichkeit im Allgemeinen und zur Struktur, zur Aufgabenstellung und zu Praxismöglichkeiten antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen im Besonderen. Unter völliger Verkennung der aktuellen politischen Situation und der Kräfteverhältnisse in der BRD bezieht sich der KBW auf ein abstraktes "Volk" und eine ebenso abstrakte Arbeiterklasse. Für ihn sind all jene antiimperialistischen Kräfte, die nicht auf der Linie des KBW liegen, entweder "Verbündete des Sozialimperialismus" oder schlicht "Konterrevolutionäre".

Der Anspruch des KBW, als einzige Organisation in der BRD die Interessen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker richtig zu vertreten, macht letzlich allen anderen sozialistischen und antiimperialistischen Gruppen die Zusammenarbeit mit dem KBW unmöglich. Das hat sich im Juni 76 in "Komitte Südliches Afrika" in Heidelberg gezeigt. Dort brach die 5-köpfige Minderheitsfraktion in einer Nacht- und Nebelaktion in das Büro des Komitees ein, stahl das gesamte Archiv, das Büro- und Verkaufsmaterial, den Postfachschlüssel sowie die Spendengelder und schloß die 20-köpfige Mehrheit in deren Abwesenheit aus. Dieses Vorgehen wurde als "Befreiungsschlag gegen die Sozialimperialisten" gerechtfertigt, d.h. gegen die Mehrheit des Komitees, die die Politik der MPLA in Angola unterstützte.



Die KBW-Stellungnahme zum Buch von Cohn-Bendit liegt auf der gleichen Ebene. Sie gipfelt in der Drohung, Cohn-Bendit - nach der "Revolution" - entweder in eine Fischmehlfabrik zu verfrachten oder ihn an den nächsten Baum zu hängen. Diese Alternative "Zwangsarbeit oder Liquidierung" offenbart ein stalinistisch deformiertes Sozialismus-Verständnis.
In einer Zeit, in der es für die Westdeutsche Linke unter anderem darum geht, einen breiten Widerstand gegen die politische und ökonomische Repression in der BRD zu entwickeln, werden vom KBW radikale Demokraten, wie Helmut Gollwitzer mit Mitteln diffamiert, die an Rufmord grenzen. Auf einer Amnestie-International-Veranstaltung wurde Gollwitzer, der nicht nur einen konsequenten antifaschistischen Standpunkt vertritt, sondern darüber hinaus auch für eine sozialistische Gesellschaft eintritt, vom KBW als "staatsgeiler, imperialistischer Pope" bezeichnet.
Nach dem Muster der hier aufgeführten Beispiele, wollte der KBW nun auch im Westberliner Chile-Komittee agieren. Mit der gleichen politischen Argumentation wie im Heidelberger Fall, forderte der KBW den Ausschluss der Redaktion der Chile-Nachrichten (CN) aus dem Komitee. Um zu beweisen, dass die von den CN vertretenen und lange Zeit vom KBW mitgetragene Stoßrichtung der Chile-Solidarität einen sozialdemokratischen und/oder sozialimperialistischen Standpunkt hat, bedienen sich die KBW'ler bewußter Fehlinterpretationen, Unterstellungen und Diffamierungen. Hier nur ein Beispiel: Ein Zitat, in dem ausdrücklich von der Kapitalgebundenheit der SPD die Rede ist, verwandelt sich beim KBW zu genau dem Gegenteil. Die CN hätten "die Grundlage des Antiimperialismus verlassen, die Aussöhnung mit der bürgerlichen Demokratie propagiert und die Unterwerfung unter die Bourgeoisie in eigenen Lande gefordert". Jeder, der die CN liest und die Arbeit des Chile-Komitees kennt, wird wissen, wie absurd diese Behauptung ist.
Durch diese öffentliche Auseinandersetzung wollen wir einen Beitrag leisten zur Selbstverständigung der Linken gegenüber Gruppierungen wie dem KBW, die mit ihren dogmatisch verengten politischen Positionen sowie mit ihrem unsolidarischen Verhalten eine produktive Diskussion und ein gemeinsames Handeln der Linken in der BRD und Westberlin immer wieder blockieren.

2. Der KBW und die Chile-Solidaritätsbewegung

Siet dem Putsch in Chile hat die Solidaritätsbewegung in der BRD und in Westberlin in Übereinstimmung mit allen Parteien der chilenischen Linken die Forderung aufgestellt, der Militärjunta in Chile keinerlei witschaftliche oder politische Unterstützung zu gewähren. Sie hat damit das Ziel verfolgt, die Junta international zu isolieren, dadurch ihre politische Stabilisierung im Inneren zu erschweren und die Verantwortung der internationalen Monopole und ihrer politischen Vertreter für die brutale Unterdrückung und Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse bloßzustellen.
Der KBW hat diese bislang auch von ihm getragene Politik im ersten Halbjahr '76 aufgegeben und damit die Chile-Solidaritätsbewegung gespalten. Er betrachtet nunmehr die Forderung nach wirtschaftlichem Boykott der Junta als "Rechtsabweichung": Chile sei ein vom "Imperialismus ausgebeutetes Land", und mit Boykottforderungen mache man sich letztlich zu Handlangern der Imperialisten, in deren Bemühen, Chile zu knebeln und auszubeuten; soweit solche Forderungen an die BRD-Regierung gerichtet werden, mache man die Chile-Solidarität zu einem Anhängsel des Imperialismus.
Indem also die Junta hinterrücks in eine allgemeine Solidarität mit dem "armen Land" Chile einbezogen wird, setzt sich der KBW außerstande, noch praktische Solidaritätsarbeit für das chilenische Volk im Widerstand zu leisten. Solidarität reduziert sich auf verbale Anklagen gegen den Imperialismus. Die mit den Gesetzen der Logik nicht zu fassende Argumentation des KBW, wird erst begreifbar auf dem Hintergrund seiner unkritischen Übernahme der 3.-Welt-Theorie der VR China, nach der heute der historische Hauptwiderspruch zwischen den beiden "Supermächten" auf der einen und den von den beiden Imperialismen unterdrückten Länder der 3. Welt auf der anderen Seite verläuft.
Infolge dieser Widerspruchskonstruktion, in der die Sowjetunion der "Hauptfeind der Menschheit" und als "Hauptkriegstreiber" verstanden wird, werden imperialistisch bürgerlich-reaktionäre Kräfte, wie z.B. in der BRD die Strauß-Dregger-Gruppe als Bündnispartner gegen die Sowjetunion politisch aufgewertet. International wird die Finanzhilfe der VR China an die chilenische Militärdiktatur ebenso gebilligt wie die Waffen-

lieferungen an die bürgerlichen "Befreiungsbe=
wegungen" Unita und FNLA in Angola.Die Sozial=
imperialismus-These geht von einem wieder
vollständig hergestellten Kapitalismus in der
Sowjetunion seit dem "Putsch" Chruschtchows
aus.Ihre Vertreter übernehmen unkritisch die
Position der VR CHinas,nach denen der stalinis=
tische Terror noch als Bestandteil des sozial=
istischen Prozesses gewertet wird und die Ur=
sachen für die Fehlentwicklungen in der SU
nicht ökonomisch und politisch begründet,
sondern in die Köpfe einiger kapitalistischer
Führer verlegg werden.
Eine solche Theorie vermag revolutionäre Politik
nur noch als Machtpolitik im Weltmaßstab zu
begreifen.Die Auseinandersetzung zwischen Klassen
im Inneren der einzlnen Länder wird damit un=
wichtig im Verhältnis zur Auseinandersetzung
zwischen Staaten.Linke Innenpolitik hat sich
den außenpolitischen Bedürfnissen des kommu=
nistischen Weltzentrums unterzuordnen - eine
Funktionalisierung nationaler Bewegungen für
die Zwecke einer Globalstrategie,wie sie früher
von der Komintern durchgesetzt wurde.Es ist
daher kein Zufall,dass mit der Theorie der
"neudemokratischen Aufgaben"der Revolution der
Länder der 3. Welt wieder eine Phasentheorie
verschrieben wird,wie sie lange von den
moskauorientierten KP's vertreten wurde und
zum Teil noch wird.

3. zur Bündnispolitik des KBW

Im Rahmen seiner Kehrtwendung in der Chile-
Politik hat der KBW auch eine "Korrektur" der
Einschätzung und Politik gegenüber der SPD und
den Gewerkschaften vorgenommen.Aus der Tatsache,
dass die Chile-Solidarität bislang darauf
bedacht war,diese Sektoren in den Kampf gegen
die Junta miteinzubeziehen,sie zu praktischer
Solidarität aufzufordern und die Widersprüch=
lichkeit ihrer Politik zu kritisieren,wird jetzt
vom KBW dazu benutzt "nachzuweisen",dass man
sich zu einem "Anhänsel der SPD-Politik" mache.
Die Tatsache,dass sich die SPD als Regierungs=
partei im Widerspruch dazu verhölt,was sie
proklamiert,dass die Gewerkschaften ihren
Protest allenfalls verbalradikal äußern,an=
sonsten aber kaum praktische Initiativen ent=
wickeln,ist ein Problem der Linken in der BRD,
das nicht durch Hände-weg-Apelle und plakatives
Entlarven zu lösen ist.Die Linke kann und
muss versuchen,diesen Widerspruch sozialde=
mokratischer und bürgerlich-liberaler Politik
zum Ausgangspunkt ihrer Argumentation und ihres
politischen Handelns zu machen.
SPD und Gewerkschaften werden nicht dadurch
entlarvt",dass ihre Erklärungen gegenüber der
Junta als purer Betrug der Massen in der BRD
begriffen werden.Damit wird die SPD als Partei
falsch beschrieben.Nicht in jedem SPD Mitglied,
Gewerkschafter,Juso und Gollwitzer gleich
treffsicher einen Imperialisten zu entlarven
heißt nicht,sich als Revolutionäre zu begreifen.
Dies ist nicht das Selbstverständnis jener
Bereiche und nicht unser Verständnis von Ihnen.
Dennoch besteht zwischen diesen Bereichen und
der Pinochet-Diktatur keine Identität,dies zu
behaupten wäre absurd.Es kommt uns darauf an,
diese Bereche in unsere Arbeit einzubeziehen,
um hier Vermittlungs- und Polarisierungs=
prozesse zu initiieren,wodurch "Illusionen"
überhaupt erst abgebaut werden können,nämlich
anhand konkreter Widersprüche und Grenzen in
dieser Politik.
Die vom KBW beschworene Unabhängigkeit der
Komitees wird nicht durch abstrakte Abgrenzungen
erreicht,die bestenfalls zur Isolierung,
meistens jedoch zur Diskreditierung sozialis=
tischer Politik überhaupt führt,sondern dadurch,
dass wir eine Politk entwickeln,die in der
Lage ist,SPD,Gewrkschaften und Liberalen mehr
als abstrakte Phrasen entgegenzusetzen.

Chile-Komitee Westberlin 21.November 1976

LINKE ZENSUR

(THESA)

Giessen, 16.11.1976

Lieber Klaus Wagenbach,

nach auch Dir bekannten Informationen sind wir der Meinung, daß das angekündigte Buch im Zusammenhang mit Ulrike Meinhof in dieser Fassung nicht ausgeliefert werden kann.
Der Inhalt des Buchs soll die Behauptung, Ulrike Meinhof habe "Selbstmord" begangen, belegen; eine These, die bislang lediglich durch Äußerungen interessierter Kreise (Bundesanwaltschaft, Staatsschutz) eingeführt worden ist. Dem steht entgegen, daß z.Zt. eine Internationale Untersuchungskommission zur Klärung der Todesursache einberufen worden ist, u.a. auch deswegen, weil der Justiz kein Vertrauen entgegengebracht werden kann. Alle bislang bekannt gewordenen Tatsachen enthalten Anhaltspunkte, die dem "Selbstmord" entgegenstehen. Mit Deiner geplanten Veröffentlichung leistest Du einen Beitrag für die Unterstellung staatlicher Behörden, man müsse die Entscheidung, "Selbstmord" zu begehen, "respektieren" (Bundesanwalt Krüger im Prozess gegen das Kommando Holger Meins in Düsseldorf am 11.5.1976).
Als Verleger bis Du darüber informiert, daß die Urheberrechte der "Konkret"-Kolummnen Ulrike Meinhofs nach ihrem Tod von dem Testamentsvollstrecker (RA Dr. Klaus Croissant) gewahrt werden müssen, dieser insistieren muss, sollten Veröffentlichungen stattfinden, die nicht im Interesse von Ulrike Meinhof sein können. Dies ist offensichtlich der Fall. Geltendes Recht kann von Dir nicht umgangen werden in der Hoffnung, "Linke" würden nicht damit argumentieren.
Wir hoffen und erwarten von Dir, daß dieses Buch so nicht in den Handel kommt.

fokus-Verlag (Giessen);Prolit-Vertrieb (Giessen)
MaBula (Giessen)

Ø an die dem VLB angeschlossenen Buchläden.

INFORMATIONEN (zu einem Buch des Verlags Wagenbach)

O. Fast schon zur Regel geworden, wird über ein Buch immer erst dann diskutiert, wenn es bereits erschienen ist. Mit diesem Brief soll die "Regel" durchbrochen werden.

Zur Sache:
1.) Klaus Wagenbach will lt. Verlagsankündigung ein Buch publizieren:"Legalität ist eine Machtfrage", Hrsg. Peter Brückner, kommentiert (anhand der wichtigsten "Konkret"-Kollumnen) von Ulrike Meinhof. Dieser Titel ist nachträglich geändert worden:"U.Meinhof und die deutschen Verhältnisse".

2.) Nach Brückners Angaben, der von der ersten Ankündigung nicht informiert war, beinhaltet das Buch eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der BRD. Nach sicheren Informationen ist die Tendenz des Buches die inhaltliche Ableitung einer Begründung des Selbstmordes von Ulrike Meinhof. Der Druck ist bereits fertig, das Buch wird schon in den Buchläden verkauft.

3. Der Verleger Klaus Wagenbach, von dem Testamentsvollstrecker (Dr. K. Croissant) aufgefordert "etwa bereits vorhandene Korrekturfahnen zu übersenden", um eine Veröffentlichung, "die der politischen Identität von Ulrike zuwiderlaufen wür-

de", zu stoppen, äußert sich hierzu nicht. Er verweist auf die Übersendung eines Belegstücks nach Fertigstellung.
Peter Brückner schweigt sich aus.

4.) Zusätzlich ist bekannt geworden, daß Klaus Wagenbach sich mit K.R. Röhl hinsichtlich evtl. Honorare bereits im Juli 1976 arrangiert hat. Mdl. gibt Wagenbach die Auskunft, daß seine Druckfahnen bereits an ausländische Verlage verschickt worden seien, so daß er diese nicht zur Verfügung stellen könne.

Dieser Sachverhalt steht nicht allein:
1.) Das Buch "Die Erschießung des G.v.Rauch" (B-Sonderband) enthält auf S. 21 von dem Verleger zensierte Briefe von G.v.Rauch.

2.) Ein Buch vom Verlag Wagenbach (Rotbuch 29) das z.Zt. in Restauflage zu einem Preis von DM 15,-- ausgeliefert wird, ist um den von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Aufruf zum bewaffneten Kampf in Westeurope zensiert.

3. Zwei Mitarbeiter des Verlags (W. Dressen u. eine Sekretärin) sind zum 1.1.77 gekündigt worden.

Am 16.11. 1976 verschickten die Gießener Prokekte Focus Verlag,Prolit Vertrieb und Mabula eine Erklärung an den Verlag Klaus Wagenbach, Berlin,in der sie verlangten,daß Wagenbach das Buch Peter Brückners "Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse" in "dieser Form nicht ausliefere".
Begründet wurde dieses Verlangen damit,daß Brükkner in seinem Buch einseitig die These des Selbstmordes von Ulrike Meinhof übernommen hätte und damit dem Staatsschutz der BRD in die Hände arbeite.Und das angesichts der Tatsache, daß "z.Zt. eine internationale Untersuchungskomission einberufen worden ist,u.a. auch deswegen,weil der Justiz kein Vertrauen entgegengebracht werden kann."
Die Tatsache,daß linke Projekte,die eigentlich nicht in der marxistisch-leninistischen Ecke anzusiedeln sind,so unverhohlen nach Zensur rufen,veranlaßte uns,die Vorwürfe der Gießener Projekte - soweit sie den Text betreffen - näher zu untersuchen. Wir sind der Meinung,daß angesichts der sich immer mehr verstärkenden verschärfenden staatlichen Zensur (§§ 88a und 130a - in diesem Zusammenhang sei an die Beschlagnahme des Buches von Bommi Baumann erinnert und,wieder ein Wagenbachtitel(!),die Anarchisten von Chicago) eine "linke" Variante die gesamte Linke in ihrer Kampagne gegen die "Maulkorbparagraphen" unglaubwürdig machen kann.
Zum unmittelbaren Ausgangspunkt können wir erklären,daß wir ebenfalls nicht den geringsten Grund haben,den Justiz- und Vollzugsbehörden bezüglich des Todes von Ulrike Meinhof zu glauben.Nach allem,was auch unabhängige Gutachter festgestellt haben,kann ein Selbstmord zumindest nicht ausgeschlossen werden - das bisher vorliegende Material zur Gegenbehauptung scheint uns allerdings noch magerer als die Beweise für den Selbstmord.Hier bliebe die angekündigte endgültige Stellungnahme der "Expertenkomission" abzuwarten.Viel wichtiger in diesem Zusammenhang ist für uns,daß die verantwortlichen Stellen von der Justiz bis zur Bundesanwaltschaft für den Tod Ulrike Meinhofs unmittelbare Verantwortung tragen.
Nicht einverstanden wären wir mit einer Darstellung der Entwicklung Ulrike Meinhofs,die in der Feststellung gipfelt,daß der Selbstmord "unausweislich" gewesen sei und letztlich nur Symbol für ein verpfuschtes Leben und für eine verpfuschte Politik gewesen sei.Nun kennen wir aber sowohl den Autor des angegriffenen Buches aus seinen bisherigen Veröffentlichungen wie auch den Verleger durch seine bisherige Verlagspolitik.Peter Brückner und noch mehr Klaus Wagenbach haben durch ihre bisherige Arbeit eindeutig bewiesen,daß sie die Auseinandersetzung mit der Stadtguerilla immer solidarisch führten und eine Übernahme von Staatsschutzargumenten das völlige Gegenteil ihrer Politik bedeutet hätte.

Nach Durcharbeitung des Buches müssen wir feststellen:
1. Peter Brückners "Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse" ist eine solidarische und umfassende Auseinandersetzung mit der Politik der Stadtguerilla,die die Enrstehung dieser Theorie und Praxis in den Kontext der jüngsten deutschen Geschichte stellt.

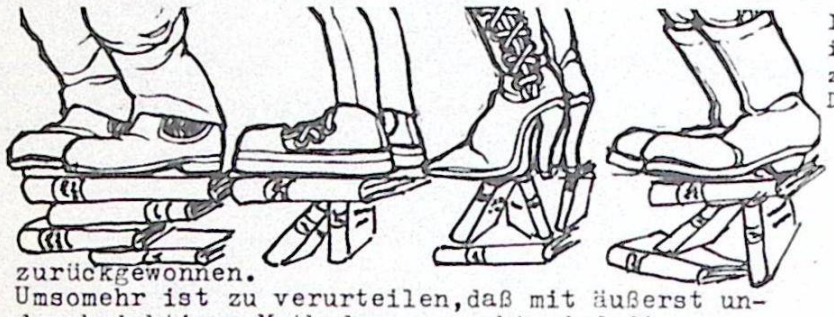
2. Von einer Bestätigung oder gar Apologie der Staatsschutzthese des Selbstmordes als konsequenter Endpunkt eines politischen Scheiterns ist in keiner Zeile des Buches die Rede.

Warum also der Ruf nach Zensur?
Nach Lage der Dinge ist es durchaus möglich,daß die Gießener Projekte den Text gar nicht kannten und von anderen Informationen erhielten,die ihren Ruf nach Zensur provozierten. In diesem Fall müssen wir sie auffordern,sich von ihrem Aufruf schnellstens zu distanzieren und eine entsprechende Erklärung abzugeben. Dann bliebe noch die Frage zu klären,wer ein Interesse daran haben könnte,eine solch wichtige Auseinandersetzung,wie die mit der Theorie und Praxis der Stadtguerilla in der BRD,mit derartigen Mitteln zu verhindern.
Wir müssen feststellen,daß der Verlag Klaus Wagenbach wie auch Peter Brückner schon sehr früh anfingen,sich mit der Theorie und Praxis der Stadtguerilla zu beschäftigen. Im Fall Wagenbach führte das zur Beschlagnahme des Rotbuch 29 und zu einer Verurteilung wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten im Falle Georg von Rauchs; Peter Brückner wurde kurzfristig vom Dienst als Hochschullehrer suspendiert und erhielt eine Geldstrafe wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung".Ihre Einschätzung läßt sich vielleicht im Schlußwort des Brückner-Buches

zusammenfassen,wo es heißt: "Wir können uns aber nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren ,weil wir unter dem selben Widerspruch leiden zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwanken. Aber aus dem selben Grund müssen wir die Aktionen der Stadtguerilla entschieden angreifen,weil wir wissen und fühlen,daß sie die Selbstaufgabe bedeuten,den Verzicht auf Leben,den Kampf bis zum Tod und damit die Selbstvernichtung." (Das hat der Brückner aus dem Redebeitrag der Frankfurter Spontis auf dem Pfingstkongress zitiert.Siehe

Info 110 "Zeit zum Aufstehen". Die INFO-REDAKTION)

Wir begrüßen das Erscheinen dieses Buches als dringend notwendigen Versuch,sich nicht einfach - abgehoben von der Theorie und Praxis der Stadtguerilla - zu distanzieren,sondern an der deutschen Entwicklung und auch an uns selber aufzuzeigen,welche Verbindung wir zur Guerilla haben und wo wir sie um unserer politischen und Lebensidentität willen überwinden müssen. Einen solchen Versuch zur Kritik,der auch die eigene Person und Subjektivität einmal nicht ausklammert,hat es bisher noch nicht gegeben.Mit diesem Buch hat sich die autonome Linke die Fähigkeit zur Trauer



zurückgewonnen.
Umsomehr ist zu verurteilen,daß mit äußerst undurchsichtigen Methoden versucht wird,diese längst fällige Auseinandersetzung nicht nur zu denunzieren,sondern mit dem Mittel der Zensur zu verhindern.Wir wissen,daß das auch in der autonomen Linken nicht neu ist: RA Croissant ließ schon anläßlich des Baumann-Buches anklingen,daß der Trikont - Verlag ein "Staatsschutzverlag" sei.Mit dieser Argumentation drang er offensichtlich nicht durch.Das vorliegende Schreiben der Gießener Projekte bedeutet eine neue Variante des alten Themas.Gescheitert mit einer Politik,die die öffentliche Manipulation und Verlogenheit in Sachen Stadtguerilla nur hilflos nachäffen kann,um das Bild der Guerilla zu positivieren (wobei Kritik an einem solchen Vorgehen genauso fanatisch als Verrat bekämpft wird,wie auf der anderen Seite),werden jetzt unbelastetere Projekte ins Feuer geschickt und eine -wenn auch nur rudimentäre- Argumentation durch den unverholenen Ruf nach Zensur und durch Rufmord ersetzt.
Für uns ein weiteres Moment der Irrationalität in der Auseinandersetzung um die Guerilla.Das gefährlich eskalierende Moment liegt für uns im Ruf nach Zensur und den eindeutig stalinistischen Methoden,mit der diese durchgesetzt werden soll.Für uns ist es eine lebens
werden soll.Für uns alle ist es lebensnotwendig, diesen Anfängen zu wehren.Daß mit diesem Verbuch gleichzeitig ein Verlag kaputtgemacht werden soll (siehe die letzten drei Punkte des Gießener Briefes,in denen verlagsinterne Auseinandersetzungen mit dem Komplex der "Staatsschutzhörigkeit" in Verbindung gebracht werden), der in der Vergangenheit schon oft bewiesen hat und auch mit diesem Buch wieder beweist,wie sehr ihm an der solidarischen Auseinandersetzung mit der Stadtguerilla liegt und der dafür schon eine Menge Federn hat lassen müssen,macht die Angelegenheit besonders unerquicklich.
Hätten wir die Logik der Croissant und Co.,könnten wir wohl mit etwas mehr Recht behaupten: die erledigen das Geschäft des Staatschutzes. Aber wo "Testamentsvollstreckung" von einer juristischen Frage zur moralisch-politischen mit mystifizierendem Anstrich wird,ist etwas anderes wohl nicht zu erwarten.
Da der Herr Croissant tatsächlich eine Einstweilige Verfügung erwirkt hat inzwischen,erwarten wir eine Stellungnahme von den Gießener Projekten noch in dieser Woche!!
Gemeinsame Erklärung von: Aktion-Buchladen,Tübingen; Verlag Association,Hamburg; Die Hälfte des Himmels-Buchladen,Hamburg; Maldoror-Vertrieb, Hamburg; H.Richter in SoVa,Frankfurt.

BRÜ.-WA.-THESA

Wagenbach Verlag Klaus Wagenbach
Bamberger Straße 6 1000 Berlin 30 Tel. (030) 2115060

In dem Euch zugegangenen "Offenen Brief" von fokus/ Prolit/Mabula vom 16.11.76 wird behauptet,man verfuege ueber "sichere Informationen",dass das Buch von Peter Brueckner,"Ulrike Meinhof und die deutschen Verhaeltnisse"(WaT 29),"die Behauptung,Ulrike Meinhof habe 'Selbstmord' begangen,belegen soll".Diese sicheren Informationen sind falsche Informationen.Das Buch ist inzwischen erschienen und jeder kann sich davon ueberzeugen.
Die Absender des "Offenen Briefes" an den VLB koennten sich nun auf die Behauptung zurueckziehen,Brueckners Buch behaupte zwar nicht den 'Selbstmord',wohl aber gaebe es -sozusagen zwischen den Zeilen- Ueberlegungen, die,wenn man sie zu Ende denkt,mit einem Male das Undenkbare doch denkbar erscheinen liessen.Gegen solche Wertungen laesst sich nicht argumentieren,solange sie nicht argumentativ begruendet sind.Der "Offene Brief" waehlt eine Sprache,die haarscharf zwischen Tatsachen-Behauptung und Wertung liegt,und fuer beides werden keine Begruendungen gegeben.Das aber ist die Sprache der Zensur.
Tatsaechlich hat der Verlag inzwischen auch Drohungen ganz anderer Art erhalten,die belegen,dass die Zensur ganz anderer Ueberlegungen von Peter Brueckner beabsichtigt ist.
Schliesslich wird versucht,den Verlag wegen angeblicher Copyrightverletzung vor Gericht zu ziehen: Sowohl der Verkauf des Buches von Peter Brueckner als auch der des Buches von Ulrike Meinhof,"Bambule" (Politik 24),soll verhindert werden.Brueckners Buch enthaelt etwa 30 Seiten (von insgesamt 192) Zitate von Ulrike Meinhof -jeder Leser von Rowohlts Monographien weiss,dass das weit unter der gesetzlichen Norm liegt.Fuer das Buch von Ulrike Meinhof liegt ein muendlicher,von Ulrike Meinhof weder muendlich noch schriftlich jemals infrage gestellter Vertrag mit Ulrike Meinhof vor,der durch einen weiteren schriftlichen (ueber Randstaendigenprobleme) bestaetigt wurde.Gemeint ist auch hier nicht Copyrightverletzung,sondern Zensur.
Wir wehren uns entschieden gegen die Einfuehrung eines neuen 88a(1) durch selbsternannte Richter.
Auf Erpressungsversuche reagieren wir nicht.Und: wer bestimmt kuenftig,welche Autoren zu welchen Themen was schreiben duerfen?
Wir werden jede Zensurforderung ablehnen und bitten alle Genossen im VLB,uns dabei zu unterstuetzen und den Verlag und seine Arbeit im Ernstfall zu schuetzen.

Peter Brueckner Klaus Wagenbach

SYNTHESA

Das INFO hat mit Klaus Wagenbach wegen der Veröffentlichung der oben abgedruckten Papiere, da ja eigentlich nur für den VLB als interne Informationschreiben gedacht waren,gesprochen. Dabei war das INFO der Meinung,daß es sich bei der ganzen Geschichte um einen derart eklatanten Vorgang handelt ,der in der (linken) Öffentlichkeit unbedingt diskutiert werden muß.
Wenn wir schon die Croissant-Attacke gegen den Trikont-Verlag nicht ernst genug genommen haben,so müssen wir zumindest jetzt offen über die Politik des Genossen Croissant sprechen.
Aus guten Gründen werden in dem Schreiben von

Klaus Wagenbach und Peter Brückner verschiedene Sachverhalte nur angedeutet - es ist die Sache von Klaus Wagenbach und Peter Brückner, deutlicher zu werden,wenn und wann sie es für angebracht halten,wir mischen uns da vorerst nicht ein.
Faktum ist,daß nun aufgrund einer von Croissant erwirkten Einstweiligen Verfügung die Auslieferung des Brückner-Buches gestoppt worden ist. Ein Genosse verbietet einem anderen per bürgerliches Gericht den Mund.Dies ist ein besonders übler Fall von Zensur. Was aber steckt dahinter? Mit Sicherheit keine juristischen Fragen (copyright-Verletzung),auch finanzielle können wohl ausgeschlossen werden.

Für uns verdichtet sich der schon bei den Auseinandersetzungen um das Bommi-Buch aufgekommene Verdacht immer mehr,daß einige Genossinnen und Genossen,die in etwa an der Politik von Croissant sich ausrichten,in einer politischen Wahnwelt sich befinden. Jeder,der nicht bruchlos sich auf die (vermeintliche) RAF-Linie festnageln läßt,wird zum politischen Feind erklärt.Und dazu scheint nun jedes Mittel recht.Ein solches Vorgehen wie jetzt gegen das Brückner-Buch können wir nur verurteilen.
Wer den Brückner auch nur ein wenig kennt,weiß doch einfach,daß er zumindest doch eines mit uns Spontis (zu denen er ja wohl auch zu rechnen ist) gemeinsam hat: eine ambivalente,solidarische und kritische Beziehung zur Stadtguerilla. Von daher ist es schlichtweg hirnrissig, ihm zu unterstellen,er vertrete Staatsschutzthesen.

Wir kämpfen gegen die politische Zensur,sowohl wenn Texte der Stadtguerilla bedroht sind,als auch gegen Versuche,Bücher zu verbieten,die sich kritisch mit dieser Politik auseinandersetzen.
Von dem ersten Vorgang sind wir nicht überrascht haben wir doch selbst schon reichliche Erfahrung beim INFO mit Beschlagnahmung und Kriminalisierung,ein Zensurversuch von Linken gegen Linke läßt uns besonders hellhörig werden.
Wir werden uns mit diesem Vorgang noch zu befassen haben.

Fortsetzung von S. 17 Rote Hilfe-Nachrichten

Die Glaubwürdigkeit von Gerlachs Angaben kann man auch daran ermessen, daß einer der angeblich bei diesem Gespräch anwesenden Gefangenenratsmitglieder inzwischen freigelassen werden musste, weil er nachweisen konnte,dass er sich in der in Frage kommenden Zeit in Italien befand.
- Nach vorläufiger Festnahme im Sept.75 v.6 Leuten,
- nach Verhaftung von 4 Mitgliedern des Gefangenenrats im Dez. 75, die heute noch in U.-Haft sitzen, wird also der Tod Künkelers zum Anlass genommen, um erneut
- 4 Leute zu verhaften - von denen sich noch 2 in Haft befinden,und die Arbeit des Gefangenenrates vollens zu zerschlagen. Auf der anderen Seite die Verdrehung der Aktion Hanischs, seine Darstellung als vom Gefangenenrat gedungener Mörder.Den Versuch den wahren Hergang, die wahren Motive der Aktion zu verschleiern; der Versuch, zu verhindern, dass sich andere Gefangene an dieser Aktion wiederfinden. sie sich zu eigen machen

ROTE HILFE WIESBADEN

GEGENDARSTELLUNG:

Redaktion
INFO Berliner undogmatischer
Gruppen
Stephanstraße 60

1000 Berlin 21

Sprechzeiten nur nach Vereinbarung

Aktenzeichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der von ihnen herausgegebenen,periodischen Zeitschrift INFO Berliner undogmatischer Gruppen 131 ist in der Ausgabe vom 8. November 1976 Seite 6) unter der Überschrift "COMMUNE ZU DM 18 000.- VERKNACKT" ein Artikel abgedruckt,zu dem ich Ihnen als Vertreter des Herrn S C H L E I C H E R gemäß §10 Pressegesetz die beigefügte Gegendarstellung zur Veröffentlichung übersende.

Die in Ihrem Artikel aufgestellte Behauptung, es handle sich um einen gewissen Norbert K R I E C H E R ist unrichtig.Es handelt sich vielmehr um meinen Mandanten Jürgen S C H L E I C H E R.Weiter wird in dem zitierten Artikel,Herr Kriecher(alias Schleicher) "legte eine äußerlich beeindruckende Bilanz (21 Seiten) vor,die von Zahlen und Begründungen nur so strotzt,aber leider in den entscheidenden Punkten nicht nachprüfbar ist" behauptet Richtig ist:es ist nicht nachprüfbar.Aber unrichtig ist:das zur Begründung herangezogene Zahlenmaterial hat einen Umfang von vielmehr 22(!)Seiten.Weiterhin:Die von Ihnen aufgestellte Behauptung,ich sei "vor dem Kadi erregt gewesen" ist unvollständig und verzerrt dargestellt.Eregiert war nicht mein Patient,sondern bei der erregten Person handelt es sich vielmehr um den im Zuschauerraum sich befindenden Freund des Zwillingsbruders meinen Manditen.Wir müssen deshalb annehmen,dass es sich bei der von ihnen als "hundsgemeines Rindvieh"bezeichneten Person ebenfalls um den Freund des Zwillingsbruders handelt.

in hoher Tiefachtung

Felix Ulll

GEGENDARSTELLUNG GEGEN
GEGENGEGENDARSTELLUNG
Wir haben,zwecks Wahrheitsfindung,in "Jürgens Buchladeh" angerufen.Zu unser aller Entsetzen meldete sich tatsächlich ein Herr Namens Kriecher.Das wirft natürlich wieder alles über den Haufen.
Wir haben noch eine weitere Gegendarstellung erhalten,gehen aber davon aus,dass es sich dabei um eine grobe Fälschung handelt.

INFO Bug

Rote Hilfe nachrichten

1/21
Postfach 210512

PRESSEERKLÄRUNG

Am 2.6.1976 wurde der Leiter der Justizvollzugsanstalt Butzbach von dem Gefangenen Günter Hanisch erschossen.
Günter Hanisch:
Geboren in Berlin; als Kind Opfer von Misshandlungen seines nervenkranken Vaters; mehrmals vom Elternhaus ausgerissen; zweimaliger Abbruch der Schreinerlehre, deren schliessliche Vollendung in der Fürsorge erziehung; zwischendurch 6 Wochen Knast; Krieg, Soldat, Antifaschist; Rettung von 18 Juden an der Front, daraufhin von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt; Flucht, erneute Festnahme, verurteilung wegen Fahnenflucht; Einlieferung ins KZ; in den letzten Kriegstagen abkommandiert zum Frontbewährungsbataillon"; Kriegsgefangenschaft; Heirat; Nachkriegsjahre, arbeitslos; Ehe gescheitert; Knast, Irrenhaus, Knast.
1960: Verurteilung vom Schwurgericht Wiesbaden zu lebenslänglich und 15 Jahre Sicherheitsverwahrung wegen "Mordes" an einem Polizisten, "Mordversuchs an 2 Polizisten,"schweren Raubes"und eines angeblichen"Sittlichkeitsdeliktes!
Zur Tatzeit befand sich Günter in einem psychischen Ausnahmezustand, war unzurechnungsfähig. Dies wurde jedoch weder von dem Prozessgutachter noch vom Gericht zur Kenntnis genommen. Ausserdem wirft Günter 2 Polizeizeugen vor, Meineide geschworen zu haben. Seine Richter (übrigens sämtlich Altnazis wie auch sein damaliger Pflichtverteidiger) sollen um die Zeugen zu schützen, sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht haben. Günter stellte mehrere Wiederaufnahmeanträge für sein Verfahren. Nach Ablehnung seines letzten Wiederaufnahmeantrages wurde es ihm zur Gewissheit: "Ich durfte kein Recht erhalten. In einer neuen Verhandlung würden die Amtsverbrechen der damaligen erkennenden Richter ans Tageslicht kommen." Und so beschloss er zur Durchsetzung seines Rechtes (Wiederaufnahme) Gewalt anzuwenden.
Am 2.6.76 nahm er mit einem selbstgebastelten Schussapparat bewaffnet eine Sekretärin des Butzbacher Anstaltsfürsorgers als Geisel. Er versicherte ihr: " Bitte bleiben sie ruig, es passiert ihnen absolut nichts." Er wollte das Erscheinen seiner damaligen Richter,seines Verteidigers, des Staatsanwaltes und des Protokollführers im Wiesbadener Gericht vor der Fernsehkamera erzwingen. " Dort sollten mir die Rechtsbeuger vor dem zuschenden Volk Rede und Antwort stehen. Die Bürger der BRD sollten erfahren, wie damals von den Wiesbadenern Berufsrichtern das Recht mit Füssen getreten wurde"
Als ersten Schritt dazu wollte er über Telefon im Hessischen Rundfunk eine etwa 6 minütige Erklärung verlesen: Dass er lieber sterben wolle, als weiter hinter Gittern zu sein. 16 Jahre ohne ein Fünkchen Liebe, ohne ein Kinderlachen,das sei kein Leben; noch nicht einmal vegetieren könne man das nennen es heisst tot sein und doch leidensfähig usw.
Am Schluss sollten seine Forderungen folgen. Aber zu dem Telefonat kam es nicht. Vor dem Fürsorgerzimmer wurde eifrig beraten. wie man die Geiselnahme beenden könnte. Günter vernahm dies und hielt es für nötig, einen Warnschuss abzugeben. Er schoss gegen einen Schrank, der vor einer Tür im Fürsorgerzimmer stand. Im gleichen Augenblick wurde die Tür aufgerissen und der Schrank umgestossen. Anstaltsleiter Künkler, der ins Zimmer stürmen wollte um Hanisch zu überwältigen wurde von dem Schuss tödlich getroffen. Hanisch wurde übereältigt, zusammengeschlagen, nach Kassel verschubt, dort für längere Zeit im Krankenrevier gehalten. Danach wurde er in eine stinkende Kellerzelle gesteckt, mit Sichtblende - in Totalisolation.
Einige Zeit später: Verschubung nach Schwalmstadt, wo er noch immer in Isolationshaft sitzt(das nach 16 Jahren Knast), aber wos ihm mittlerweise wieder besser geht. Hanisch hat nicht aufgegeben. Inzwischen hat er einen Anwalt seines Vertrauens, worum er sich seit 16 Jahren erfolglos bemüht hatte.
SCHREIBT IHM MAL! G. Hanisch,3578 Schwalmstadt, Paradeplatz 5.
Unmittelbar nach der Tat hiess es:"Dies ist die Tat eines Einzelgängers" meint Günther(Hessischer Justizminister), "Vermutungen, dass Anarchisten mit dem Fall zu tun haben, haben sich nicht bestätigt". FR 3.6.76
Staatsschutz und Medien verfolgten die Li nie der Psychitrisierung Hanischs:Hanisch galt als ein "äusserst schwieriger Gefangener. Im Vollzug erwies er sich nach Massstäben der Anstaltsleitung als "wenig angepasst". Dies äusserte sich auch in einer Flut von Eingaben und Briefen, die er an Behörden und Presse richtete".FR,3.6.Man sprach von Hanischs "zunehmender psychopathologie", die eher seinen Aufenthalt in einem psychatrischen Krankenhaus als weiteren Verbleib im normalen Strafvollzug rechtfertige." FR 3.6.
Doch man besann sich eines Besseren:
Noch am 9.6. gab der Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Groh vor der Presse die Verhaftung von 2 Männern und einer Frau bekannt.Einen Tag später stellte sich ein weiterer gesuchter Genosse freiwillig der Polizei."Sie sollen an der Beschaffung von Pulver und Zündkapsel für den selbstgebauten Schussapparat beteiligt gewesen sein, mit dem der Häftling Hanisch den 53jährigen Dierektor der hessischen Strafvollzugsanstalt tötete". Wiesbadener Kurir 1o.6.
Aus der Geschichte des Gefangenen Hanisch machte man die Geschichte einer SOGENANNTEN "Anarchistengruppe", des Gefangenenrats Ffm.Selbs das Datum 2. Juni musste als Bewis einer Verbindung Hanischs mit dem Gefangenenrat herhalten. Behilflich bei dieser Konstuktion war das inhaftierte Günter Gerlach, der zum V-Mann umgedreht wurde. Gegen sofortige Freilassung, finanzielle Entlohnung, eine Wohnung und besonderen Polizeischutz bei bevorstehenden Verhaftungen,machte er Aussagen gegen die anderen Inhaftierten des Gefangenenrats. Nach seiner Freilassung sollte er mit den anderen Mitgliedern des Gefangenenrates Kontakt aufnehmen,Informationen sammeln und belastendes Material sammeln(siehe seine eigene Erklärung in der FR:vom29.5. und Brief an die Anwälte.)
Nicht einmal eine Woche später wurde der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt.Gerlach belastete die 4 Verhafteten: "Der in Butzbach inhaftierte Gefangene Günter Gerlach habe ausgesagt,er habe das in der Justizvollzugsanstalt eingeschmuggelte Schiesspulver während eines Sozialurlaubs vom 8. bis zum 187.75 im Laufe eines Gesprächs, an dem auch Mitglieder des Gefangenenrats beteiligt gewesen seien, erhalten."(WK 2.7.76)

Fortsetzung: S.16

Welchen Sinn hat es, Konsveranstaltung mit sich an einer Laskus- Baumann zu beteiligen?

1

Wer gegen Entmündigung,Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen kämpfen will,kommt nicht darum herum,herauszufinden,wer unser Feind ist in welchem Gewand er auftritt bzw.mit welchen Mitteln er uns bekämpft.Wir müssen versuchen, genau einzuschätzen,wie gefährlich und stark unser Feind ist.Jede Verharmlosung des Feindes mündet in eine Niederlage für uns.
Da sich Justizsenator Baumann selbst der Methode der Verharmlosung bedient,da er seine wirklichen Absichten hinter seinem liberalen Jargon seiner Herkunft und seinem öffentlichen Image versteckt,besteht die Gefahr,daß wir ihm in eine Falle laufen und ihn verharmlosend-wie das im letzten info im "Baumann-Schlaumann"-Artickel geschehen ist lediglich als "dummdreisten Laberkopf qualifizieren.Dreistigkeit ist ihm sicher nicht abzusprechen-nur ob das mit seiner Dummheit hinhaut,stellen wir in Frage.Und wenn wir von ihm als Laberkopf sprechen,dann nur in dem Zusammenhang,daß Baumanns Taktik tatsächlich die ist,die Leute vollzulabern,damit sie ihm den "Humanisten und Reformer"abnehmen.
Was macht Baumann aber so gefährlich?
Ein paar Daten über ihn sagen schon eine Menge aus.Baumann wurde seiner Zeit als Nachfolger Ludwig Martins(Bundesanwalt)vorgeschlagen.Baumann lehnte ab,Buback nahm an.Später wurde er dann nochmals vorgeschlagen für das Amt des Bundesverfassungsrichters.Baumann gehört zu der Clique Maihofer,Klug und Posser.In den 6oer haben sie zusammen Reformentwürfe zum Strafrecht gemacht, außerdem sind sie alle in der bekennenden Kirche. Auch arbeitete er einst in der Arbeitsgruppe Thyssen mit und forderte dort,das KPD-Verbot mit allen Maßnahmen zu betreiben.Des weiteren ist er Mitglied des Rechtsausschusses in Bonn.Diese paar facts stecken in etwa den Horizont ab,innerhalb dessen sich Baumann bewegt.Und man kann sich jetzt auch besser erklären,warum genau er ausgewählt wurde,um die Nachfolge Oxforts anzutreten.

2

Wir gehen davon aus,daß der Staatsschutz Westberlin in seine BRD-Sicherheitskonzeption miteinbezieht.Und die funktioniert logischerweise nur wenn die richtigen Leute an der richtigen Stelle sitzen.Nicht parteipolitische Überlegungen haben Baumann in den Sattel geholfen,sondern vor allen Dingen Überlegungen zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung.Was das für den Justizbereich weiß jeder,der die Situation der westdeutschen politischen Gefangenen in den Knästen kennt:Totale Isolierung der politischen Gefangenen von allen anderen Gefangenen in leergeräumten Trakts-jede Möglichkeit der Kommunikatio verhindernd.
Oberstes Prinzip der Sicherheitskonzeption für die Gefangenen ist der Satz den Herold einst formulierte:"Aktionen gegen die Raf müssen grundsätzlich so abgewickelt werden,daß Symphatisantenpositionen abgedrängt werden."Natürlich trifft das auch auf alle anderen kämpfenden Gefangenen zu.
Wer glaubt in Baumann sei der humanistische Strafrechtler beordert worden,der hat sich getäuscht.Gerade in ihm ist ein Mann gewählt worden,der garantiert,daß Staatsinteressen gesichert,bzw. deren Durchsetzung ausgebaut werden Natürlich ist er nicht von der Sorte,wie ihn die CDU sich gewünscht hätte,nein,da sind SPD und FDP schon schlauer.Es ist ja auch gar nicht notwendig und erwünscht,das Volk mit so einem Mann zu erschrecken,einem Hau-drauf-Gewaltmann, das schafft nur breitere Kreise der Opposition und des Widerstands in der Bevölkerung.Die setzen so jemand wie Baumann ein,der sein Programm zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und der Effektivierung der Ausbeutung als Humanisierung des Strafvollzugs verkauft.Und alle die etwas ändern wollen,die Unzufriedenen,die nicht hinter die Kulissen dieses menschenverachtenden Schmierenkomödie schauen,kriegen wieder einen Hoffnungsschimmer.
Aber machen wir es genauer,was ist Baumanns Programm für Berlin?

3

Baumann kam zu einem Zeitpunkt nach Berlin,als 4 Revolutionäre es geschafft hatten,mit viel Mut und Willen der Vernichtungsmaschinerie Knast zu entrinnen.Dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt,als die BRD in Zusammenarbeit mit den Zionisten und allen anderen einbezogenen Staaten unter Verletzung des Völkerrechts eine Invasion gegen ein unabhängiges Land,nämlich Uganda,startete,um zu verhindern,daß gefangene Revolutionäre unter anderem auch aus der BRD in Freiheit kommen.Zu diesem Zeitpunkt befreiten sich die 4 Frauen aus dem Knast.Durch eine ganz unblutige Aktion hatte der David den Goliath ausgetrickst,-Goliath wurde als Papiertiger erfahrbar.Und wie hätte es denn anders sein können,Oxfort mußte abdanken,ein Mann her der die Wunde der erlittenen Niederlage heilt, d.h.die Lücken im Sicherheitskonzept der BRD-Berlin-schließt.Berlin war deswegen eine Lücke weil durch die hier gegebenen Knastbedingungen es nicht möglich war,wie in Westdeutschland die pol.Gefangenen von den anderen total zu isolieren.Eine weitgehende Gleichstellung der pol.Gefangenen mit den anderen Gefangenen war durch die objektiven Gegebenheiten unumgänglich Dadurch war die Kollektivierung bzw.Solidarisierung der pol.Gefangenen mit den anderen Gefangenen möglich geworden.
Ausdrücklich hatte schon Justizsenator Oxfort darauf hingewiesen,daß diese Solidaritätsstruktur zerschlagen werden müsse.Er hatte offensichtlich zu lange damit gewartet.Auf jeden Fall war er nach der Befreiung der 4 Frauen nicht mehr der richtige Mann,um das Image der Staatsmacht aufzupolieren.
Baumann wußte worum es ging,und holte von Anfang an kräftig aus.Brigitte Asdonk+Annerose Reiche ab in den Toten Trakt nach Lübeck(lest den Brief einer pol.Gefangenen zu den Auswirkungen der Isolation im ID 126),Monika Berberich,Anette von Wedel,Waltraut Siepert und Ilse Jandt in den Turm von Moabit.Nicht einmal Gruppenisolierung,sondern nur Umschluß für jeweils 2 Gefangene,Ali Jansen verschleppt ins hinterste Kaff von Nordrhein-Westfalen.Kaum geschehen brüstete Baumann sich allerorten-in Radio Fernsehen und Zeitungen-mit seiner"Ausdünnung der Anarchistenszene".
Angesprochen auf einer Baumann Wahlveranstaltung auf seine Verantwortung für diese Gefangenen in den Trakts von Stammheim und Lübeck, sagte er doch glatt,daß das nicht mehr in seinen Verantwortungsbereich hineingehört.D.H. erst sorgt Baumann dafür,daß die Gefangenen in westdeutsche Folterkammern verschleppt werden, und dann wäscht er seine Hände in Unschuld.
Das ganze tut er aus einer "christlichen Motivation" heraus,wie er nach Bestätigung heischend in einem Interview im Fernsehen kundtut Ein christlicher Pilatus.Natürlich ist es so, daß jeder Geschäftsmann seine Ware so attraktiv wie möglich verpackt,um sie an den Mann zu bringen.Nur bei Baumann ist der Unterschied daß er es nicht mit Waren sondern mit Menschen tut.Aber daß er Menschen als Waren sieht,kommt bei ihm wortwörtlich vor.Auf der obengenannten Wahlveranstaltung sagte er,"ich bin schon lang in diesem Geschäft",womit er meinte,er"kümmere" sich schon lange um die Haftbedingungen der Gefangenen.Ja,Baumann geht es ums Geschäft.
Den zentralen Begriff,den Baumann in Zusammenhang mit seinen Zielsetzungen hier in Berlin nennt,ist der der"Effektivierung des Strafvollzuges".

----------das ist nochmal frisch getippt der baumannartickel vom letzteninfo.ist aber nur die erste seite.der rest ist im alten info(133) zu lesen.tut das-ich finde den artickel wichtig

x xxxxxxxxxxxxx

für die Zahnreparatur von J. in Carl Raspe sind inzwischen 5000 DM [illegible] 7000 DM nötig. Spenden: Sonderkto. Rechtshilfe Berliner Commerzbank Nr. 3763700

Ein Gast zum Terzo-Streik:

KOSTAKI - PROFITAKI

Ich sage nicht,
daß Kostas stinkt (non olet?)
aber mir stinkt's.

Ich bin ein ehemaliger Gast, der das Märchen vom linken Kostas (dem Kostas, der - so geht die Sage - die Partisanen in Griechenland im Jahre 1946 höchstselbst und mehrmals - gesehen hat) schon lange nicht mehr glaubt - andererseits muß ich zugeben, daß mich dies bisher auch nicht weiter gestört hat. (Man hat immer nette Leute getroffen, da, Essen war relativ billig, Trinken schon nicht mehr so - sei's drum)

Auch die Maihofer-Geschichte hab' ich nicht so ernst genommen und ich neigte zu der Ansicht, daß die Sache von ein paar frustrierten Linken aufgebauscht worden ist mangels anderer Gelegenheiten.

ABER JETZT REICHT'S MIR

Was er sich in den letzten 14 Tagen gegenüber "seinen" Kellnerinnen und Kellnern geleistet hat, das geht auf keine Kuhhaut mehr!!!

Die bloße Tatsache, daß "seine Kinder" es gewagt haben, Forderungen aufzustellen, begriff er in altbekannter Kapitalistenmanier als Störung des "Betriebsklimas" und Zerstörung der "Vertrauensbasis".

Selbst bei den Forderungen, die er sowieso erfüllen muß (Urlaubsgeld, Krankengeld), hat er sich geziert wie eine alte Jungfer, die Minimale Lohnerhöhung von 10 auf 12 % netto Umsatzbeteiligung hat er rundweg abgelehnt mit dem Hinweis auf seine gestiegenen Einkaufspreise - im übrigen hat er zunächst so reagiert, daß er 4 von den 12 Leuten, bei denen anscheinend die Papiere nicht ganz in Ordnung waren, entlassen. (Warum wohl ist ihm dieses Papierproblem genau in dem Moment eingefallen, als die Forderungen erhoben wurden?)

Na ja, jedenfalls ging's dann so weiter:
- die 12 treten in den Streik
- Kostas verbietet ihnen, die Gäste zu informieren
- nachdem sie dies trotzdem tun: Drohung mit einem Prozeß wegen Geschäftsschädigung (unter dem Eindruck dieser Drohung kündigen die restlichen 8 von sich aus)
- dann Aussperrung (Hausverbot)
- die Kellnerinnen und Kellner setzten daraufhin den Streik auf dem Bürgersteig vor der Kneipe fort.
- Herr K. suchte zuerst die Solidarität der Bourgeois: er versucht, die Besitzerin der Imbißstube nebenan zu bequatschen, daß sie die Streikenden nicht mehr in ihren Laden lassen soll. Die läßt ihn aber freundlicherweise ablitzen.
- Daraufhin wendet er sich direkt an die größte Verbrecherorganisation, die wir hier haben - den Staat (Unterabteilung Justiz). Dort erwirkt er gegen seine Mehrwertproduzenten einstweilige Verfügungen, daß sie
  1. "nicht mehr" zum Boykott der Kneipe aufrufen dürfen - was sie eh n nie getan haben
  2. auch nicht mehr vor der Kneipe über den Streik informieren dürfen (nebenbei: Zum erlaß einer einstweiligen Verfügung braucht das Gericht den Sachverhalt nicht inhaltlich nachzuprüfen - man kann als Antragsterller(in) auch lügen, daß sich die Balken biegen - man muß es nur in einer für das Gericht glaubhaften Form tun bzw. eidesstattlich versichern)
- inzwischen hat Kostas auch schon einem der Gäste eine einstweilige Verfügung angekündigt
- und noch eine seiner kleinen Schweinereien: im Mittwoch war das Gesundheitsamt im Terzo. Und Kostas behauptet unun, die Steri

sundheitsamt im Terzo. Und Kostas behauptet nun, die Streikenden hätten ihm dieses auf den Hals geschickt. Dabei ist es noch keine 4 Wochen her, daß er selbst das Personal bei einer internen Sitzung darauf aufmerksam gemacht hat, daß in Kürze mit einer Kontrolle zu rechnen sei (wegen der Umstellung der Kneipe auf Tagesbetrieb).

Die Kellnerinnen und Kellner dürfen jetzt also, selbst wenn sie vor dem Terzo stehen, den Mund nicht mehr aufmachen.

Aber wie man sieht, gibt es auch noch Gäste, die das Bedürfnis entwickelt haben, Informationen weiterzugeben.

Selbstverständlich rufe ich nicht zum Boykott der Kneipe auf -
ABER WARUM SOLLTE ICH VERSCHWEIGEN,
DASS ICH MICH - GANZ PERSÖNLICH -
ÜBER JEDEN FREUE, DER NICHT MEHR
'REINGEHT.

Vorschläge für Kostas' weitere Vorgehensweise:

- Herbeirufen der Polizei zur Feststellung der Personalien aller Personen, die sich vor dem Terzo aufhalten oder sich auf das Terzo zubewegen.
- Einlaßkontrollen an beiden Enden der Grolmannstrasse
- Bullige, finster dreinblickende Leibwächter an der Eingangstüre - am besten mehrere, vielleicht bewaffnet.
- Einstweilige Verfügungen gegen alle Ex-Gäste, daß sie das Terzo wieder besuchen müssen, bei Zuwiderhandlungen (weniger als 2 Terzo-Besuche pro Woche) Festsetzunge von Zwangsgeldern in unbeschränkter Höhe bzw. Beugehaft.

"Lotta Continua"

Ein Gast

Am Dienstag, 20.00 Uhr ist im Spectrum eine Diskussion über die weitere Vorgehensweise und so.....

Dieses Flugblatt wird auch vor'm Terzo Mondo an die Gäste oder so verteilt.

JAHRMARKT DER ALTERNATIVEN

FRANKFURT (ID) 18.November — Wir, das sind der ‚Alternative-Info-Verteiler', Frankfurt, der Frauen-AStA der Frankfurter Universität und viele undogmatische Freaks und Genossen, planen zur Zeit einen alternativen Jahrmarkt hier in Frankfurt im Studentenhaus an der Universität. Termin ist der : *8.Dezember, ein Mittwoch.*

Und zwar wollen wir, in Form einer Art von Messe, versuchen, aufzuzeigen, welche Vielfalt von Möglichkeiten besteht, sich gegen die kapitalistische Gesellschaft hier in der BRD und besonders im weiteren Umkreis Rhein-Main-Neckar durch Proteste und Gegenprojekt zur Wehr zu setzen. Darunter verstehen wir genauso, daß wir uns gegen geplante KKW's mit Bauplatzbesetzungen wehren wie auch Äpfel direkt vom Erzeuger an die Verbraucher liefern und/oder durch biologisch-dynamischen Anbau etwas gegen die schleichende Vergiftung unsere Umwelt tun.

Konkret haben wir uns die Sache folgendermaßen vorgestellt: Der Mittwoch beginnt mit einem längeren gemeinsamen Frühstück der Mitarbeiter und Aussteller, um sich gegenseitig etwas kennenzulernen und Kontakte zu schließen. Zwischen 10.00 und 11.00 werden dann die Türen für die Besucher geöffnet. Es ist gedacht, daß die Aussteller-Gruppen Informationsstände herstellen, wo sie sich selber vorstellen, dann eventuell eine Auswahl ihrer jeweiligen Produkte verkaufen und noch eine Ecke haben, wo Interessierte sich zu einem kurzen Gespräch niederlassen können. Zur Verfügung steht das gesamte Studentenhaus mit einzelnen Räumen und geräumigen Gängen.

Außerdem ist gedacht, eine Teestube und Makribiotisches Restaurant für den Tag einzurichten. Falls jemand an der Ausführung interessiert ist, sollte er sich doch bitte so schnell wie möglich melden. Aufgelockert wird das Ganze noch durch mehrere Theater- und Musikgruppen, zugesagt haben bereits die bayerische Rüpelrockgruppe Sparifankal und das MobileEinsatzorKester mit Tommi. Aber trotzdem freuen wir uns über jede Musik- oder Theatergruppe, die interessiert sind.

Ansonsten wären wir sehr froh, wenn ihr euch so schnell wie möglich entscheiden könntet und uns eine generelle Zu- oder Absage schicken könntet. Wenn ihr weitere Fragen habt, meldet euch bitte bei:

AStA der Universität Frankfurt
Jügelstraße 1, 6 Frankfurt am Main
Telefon: 0611 / 77 75 75

oder

AIV / Mats Pertoft
Mercatorstraße 9, 6 Frankfurt am Main

(10) Beweisanträge im Düsseldorfer Prozeß gegen das Kommando Holger Meins:

Dr. K. Croissant
7ooo Stuttgart 1 2.11.76

An das
Oberlandesgericht
4ooo Düsseldorf

AZ.: IV 15/75

Als Verteidiger des Gefangenen Karl-Heinz Dellwo stelle ich den Antrag,

Generalbundesanwalt Siegfried BUBACK,
Herrenstr. 45 a, 75oo Karlsruhe

als Zeugen zu vernehmen.

Siegfried Buback soll zu folgenden Beweisthemen vernommen werden:
Als Leiter der höchsten Strafverfolgungsbehörde der BRD hat der Zeuge am 29.4.75 die Weisung gegeben, den schwerverletzten und in akuter Lebensgefahr schwebenden Gefangenen aus dem Kommando HOlger Meins, Siegfried Hausner, in die Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim zu verlegen.

Diese Weisung, über die von den Nachrichtenagenturen Reuter und dpa in Stuttgart und Karlsruhe in der Tageszeitung "Die Welt" vom 5.5. 75 berichtet wurde, hat der Zeuge in Kenntnis der Tatsachen erteilt,

1.) daß die Untersuchung des Gefangenen durch den Luftwaffenarzt des Standortes Köln-Wahn, Dr. Evers, sowie durch den Arzt des Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Hubert Roggendorf, vom städt. Krankenhaus Köln-Holweide, zu der übereinstimmenden Beurteilung geführt hatte, daß der Gefangene "vital gefährdet"sei,

2.) daß der Gefangene auf kürzestem Wege in eine Intensivstation eines entsprechenden Krankenhauses verbracht werden müsse,

3.) daß in der JVA Stutgart-Stammheim keine intensivstation für Brand- und Schädelverletzungen vorhanden war,

4. daß das Vollzugskrankenhaus in Düsseldorf eine Aufnahme des Gefangenen mit der Begründung abgelehnt hatte, daß eine lebensrettende Behandlung nur in einer Spezialklinik mit einer entsprechend eingerichteten Intensivstation möglich sei,

5.) daß eine solche Behandlung im Bundeswehrlazarett in Koblenz möglich gewesen wäre, ab er dort wegen der Offenkundigkeit des Kriegsgefangenenaspektes nicht erfolgen sollte,

6.) daß Prof. Pichelmeier von der dermatologischen Abteilung (Intensivstation) der Universitätsklinik Lindenburg der Universität Köln die Zustimmung zur Verlegung des Gefangenen nur unter der Voraussetzung erteilt hatte, daß dieser in die "Unfallklinik der Berufsgenossenschaft" in Ludwigshafen oder in eine andere Spezialklinik für Brandverletzungen verlegt würde,

7.) daß die Verhandlungen mit der Spezialklinik in Ludwigshafen und eventuell weiteren Spezialkliniken nicht zur Aufnahme des Gefangenen führen konnten, weil die Beamten der BAW und des BKA unter seiner - Bubacks - Leitung so umfassende Sicherheitsmaßnahmen forderten, daß der Krankenhausbetrieb und die anderen Patienten in medizinisch unverantwortlicher Weise gestört bzw. gefährdet worden wären,

8.)daß die aufwendigen Sicherheitsmaßnahmen bei dem offensichtlich haft- und fluchtunfähigen Gefangenen bereits zu einer medizinisch unverantwortbaren Belastung des Krankenhausbetriebes der Universtiätsklinik Lindenburg geführt hatten,

9.) daß er durch seine Weisung, den Gefangenen in die Vollzugsanstalt Stutgart-Stammheim zu verlegen, auf Grund der ihm bekannten medizinischen Beurteilung den Tod des Gefangenen herbeiführen würde,

~~9. daß er durch seine Weisung, den~~

lo.) daß dieser Tod in das Konzept der BAW, des BKA und der Bundesregierung paßte, weil,

a) S. Hausner im Falle der Rettung seines Lebens über die Sprengung der Botschaft durch eine im Auftrag des BKA und mit Wissen und Billigung der Bundesregierung handelnde Spezialeinheit hätte aussagen können,
b) die Brandverletzungen des Gefangenen über wesentliche Vorgänge der Sprengung der Botschaft hätten Aufschluß geben können,
c) die Sicherheitsfrage allein bei einem toten Guerillero optimal gelöst ist.

Der Zeuge Buback wird ferner bekunden,

11.) daß, die Sitzungsvertreter der BAW, Dr. Krüger und Nehm, von ihm angewiesen sind, sich unter allen Umständen gegen die Beiziehung der Todesermittlungsakte der Staatsanwaltschaft Stuttgart über S. Hausner zu wenden, weil sich aus diesen Akten neben der Art der erlittenen Verletzungen und deren juristischen Folgen für diesen Prozeß die Verantwortung des Generalbundesanwaltes und seiner Sitzungsvertreter für den Tod des Gefangenen ergeben würde,

12.) daß er über Beamte der BAW - wenige Tage nach der Darlegung seiner Verantwortlichkeit an der gezielten Hinrichtung von Holger Meins in der Hauptverhandlung im Stammheimer Prozeß und nach der Erstattung der auf einer Pressekonferenz in Stuttgart bekanntgegebenen Strafanzeige wegen eines vorsätzlichen Tötungsverbrechens an Siegfried Hausner - in engem Zusammenwirken mit den politischen Staatsanwälten in Berlin und Stuttgart die RA's Croissant und Ströbele am 23.6.75 verhaften ließ, um unbotmäßige Verteidiger exemplarisch einzuschüchtern, wozu nach der Äußerung von Bundesanwalt Wunder im Stammheimer Prozeß extra ein sitzungsfreier Tag gewählt wurde,

13.)daß das Strafanzeigeverfahren gegen des Todes von Siegfried Hausner nach vorhergehender Fühlungnahme mit der BAW von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe schon 8 Tage nach der Verhaftungsaktion eingestellt wurde, ohne daß überhaupt die Ermittlungen aufgenommen wurden,

Die Vernehmung des Generalbundesanwaltes zu den vorgenannten Beweisthemen wird im Sinne des zu Beginn des Prozesses gestellten Einstellungsantrages ergeben, daß die BRD unter dem Schein des normalen Strafverfahrens gegen die Guerilla auch in der Haft einen auf Vernichtung abzielenden Krieg führt. Die Vernehmung des Zeugen Buback wird ferner ergeben, daß die Sprengung der Botschaft von einer Spezialeinheit im Dienst des BKA mit Wissen und Billigung der maßgeblichen Mitglieder der Bundesregierung erfolgt ist.
Die beantragte Beweisaufnahme ist nach dem in der Anklageschrift behaupteten Geschehensablauf unumgänglich.

gez. Cr. Croissant.

wie es nach dem brand dem alten SJSZ und den kämpfen der jugendlichen um ein neues weiterging (s.INFO 13o)

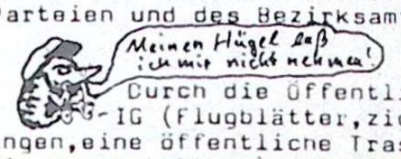
nach den knüppeleinsätzen am wochenende erschien stadtrat barthel am montagabend, dem 1.11., und erklärte, daß wir die räume nun doch haben könnten. was wochen lang nicht geklappt hatte, ging nun auf einmal ganz schnell und schon am dienstag abend hatten wir den nutzungsvertrag. damit ist es aber noch nicht getan: die räume sind in einem fürchterlichen zustand und müssen von grund auf instandgesetzt werden. das bezirksamt hat uns dafür das material zugesagt und daß der einbau von sanitären anlagen, heizung und elektrik von firmen gemacht wird. den rest sollen wir selber machen. wir waren damit einverstanden, wollten aber, daß die arbeiten nicht von irgendwelchen firmen wusgeführt werden, sondern von handwerkskollektiven, die uns auch unterstützt haben und die sofort mit der arbeit anfangen könnten. doch zum 1.mal in 4 1/2 jahren hatte das bezirksamt ganz schnell firmen, die mit der arbeit anfingen (sonst haben wir immer wochen- oder monatelang warten müssen). es ist noch nicht geklärt, ob die kollektive nun doch noch arbeiten können oder nicht.
die instandsetzung der räume wird etwa 6o-7oooo dm kosten und noch eine ganze weile dauern. wir rechnen damit, daß wir ungefähr anfang nächsten jahres das jugendzentrum eröffnen können. wir brauchen aber trotzdem noch geld und auch eure unterstützung bei der renovierung. kommt vorbei und/oder spendet auf unser konto nr.15931o2 bei der berliner commerzbank!!!

GEMEINSAM SIND WIR STARK !!!
(aus der "hez" 11/76)

Die Westtangente muß fallen!

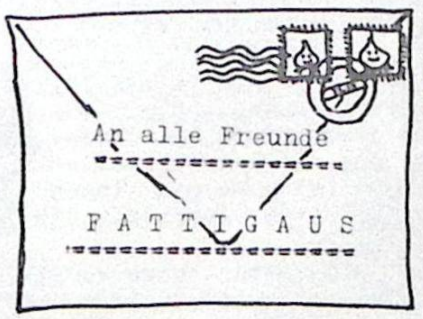
Am 18. Nov. lief eine Info-Veranstaltung der Interessengemeinschaft vom Autobahnbau bedrohter Bürger (IG).Ein Erfolg war es bestimmt,daß so etwa über 400 Leute kamen,auch gerade ältere.Es hat sich gezeigt,daß mit dem geplanten Autobahnbau wirklich ein großer Teil der Anwohner angesprochen wird.
Der Standpunkt der IG ist,daß so eine Stadtautobahn absoluter Wahnsinn ist;vernünftige Gründe gibt es nicht dafür,daß noch mehrLLärm und Dreck in den Wedding kommt.Stattdessen soll der Nahverkehr ausgebaut werden.

Direkt nach der Veranstaltung startete der Senat eine Pressehetze gegen die IG.Auf der Veranstaltung hatte sich schon gezeigt,wo die IG verletzbar ist: als ein Besucher am Mikro erklärte, er sei von der KPD/ML,wurden die Leute unheimlich sauer und 1/4 verließ den Saal.
Über die Tageszeitungen und über Flugblätter (von der SPD "Afrikanisches Viertel"verteilt) versuchen Senat+SPD,die IG von der Bevölkerung zu isolieren.Der Weddinger,der die IG ins Leben gerufen hat,ist SEW-Mitglied.Die SPD verbreitet nun,daß die IG die Bürger "vor den Karren kommunistischer Untergrundarbeit"spannen will (so steht's tatsächlich im Flugblatt).
Das ist aber nur die eine Seite.Gleichzeitig bringt der Senat wieder Alternativtrassen ins Gespräch.Das ist natürlich ein großer Blöff. Viel besser würde es dadurch nicht.Außerdem wird es wegen den hohen Kosten nicht gemacht (an der bisherigen Trasse sind schon zig Sachen z.B. die teilweise Untertunnelung der Strecke, gestrichen worden).
Eine andere Sache ist der"Arbeitskreis Nord". Das soll was mit "Bürgerbeteiligung" sein,sowas ähnliches wie der Arbeitskreis in Schöneberg,wo die Bürgerinitiative Westtangente zeitweise mit gearbeitet hat.In der Zeitung stand, wer im AK Nord mit macht: nur Vertreter der Parteien und des Bezirksamtes!



Durch die Öffentlichkeitsarbeit der IG (Flugblätter,zig öffentliche Sitzungen,eine öffentliche Trassenbegehung und die Veranstaltung)müßten alle Anwohner über die geplante Autobahn Bescheid wissen.Neben einer laufenden Information und Aufklärung über die Alternativtrassen,kommt es darauf an,alle Bürger,die regelmäßig zur IG kommen, zu aktivieren,daß die Aktionen von ihnen getragen werden (und nicht von einem engerem Kreis von Aktivisten)

W.Edding



Inzwischen haben wir das Schulhaus in Fattigau seit über drei Jahren gemietet. Wir, das sind,in unterschiedlicher Zusammensetzung, immer etwa zwanzig Leute aus Berlin, die sich die Kosten für das gemietete Haus teilen.

In diesen drei Jahren sind die unterschiedlichsten Gruppen (Heimkinder, Kinder-, Schülerläden, Sonderprojekte, Jugendfreizeitheime, Arbeitslosengruppen, Männer-, Frauengruppen, Stadtteil-, Seminargruppen usw.) dort gewesen und haben jeweils ihren Vorstellungen entsprechend Ferien gemacht.

Durch die ständige Benutzung sind die Gruppenräume inzwischen wieder ziemlich heruntergekommen. Außerdem ist die Einrichtung auch nicht mehr die beste. Deshalb werden einige der Mieter in der Woche vom 3.Dezember bis 10. Dezember die Gruppenräume renovieren, die Küche verbessern, einige Einbauten machen und,soweit wir Möbel bekommen, die Räume einrichten. Dazu brauchen wir möglichst große Unterstützung durch Leute, die in dieser Woche mitarbeiten können.

Außerdem brauchen wir für die Renovierung möglichst viele Bastmatten (wenn's geht, geschenkt).

Also, meldet euch unter der Nummer 796 65 42.

- Das ist unser Haus-

FRITZ TEUFEL UND LIESL WESTERMANN

fritz teufel, gefangenenfluchnr. 5116/75
moabit, den 14.11.76

an den moabiter küchenchef

sehr geehrte küchenschabe

oder wie würden SIE jemanden nennen, der eine schäbige küche betreibt? keinesfalls möchte ich Sie beleidigen, denn ich bin ja einer von denen, die das immer auslöffeln müssen, was Sie uns einbrocken. und in dieser unangenehmen lage hätte ich 3 fragen, 1 hinweis und 1 anregung an Sie:

frage 1: ich esse für mein leben gerne mais. ob roh, als gemüse oder als salat spielt gar keine rolle. deshalb war ich baß erstaunt, als ich zum erstenmal das maisgericht kostete, das es hier gelegentlich sonntags gibt. zb. heute wieder. das ist ja nicht nur ungenießbar, sondern geradezu widerlich. da's wohl kaum an der beigabe von erbsen und karotten liegen kann, muß das geheimnis an der soße liegen. dürfte ich Sie hiermit um das rezept bitten? ich würde es auch unverzüglich an den bundesinnenmaikäfer weiterleiten, damit ders bei gelegenheit vorliest. im fernsehn. und zur abschreckung für den mutmaßlichen terroristennachwuchs. wenn die wüßten...

frage 2: manchmal gibt es abends "hering in gelee" von der "fischunion cuxhaven". nun wüßte ich gerne: in welchem jahrhundert hat diese firma pleite gemacht und für wieviel mahlzeiten reichen die angelegten vorräte? wenn man diesen fisch den anstaltstauben vorwirft, kreischen sie vor empörung.

frage 3: woher bezieht die anstalt ihre wurst? speziell die hartwurst würde mich intressieren und auch, falls das kein staatsgeheimnis ist, was verbirgt sich hinter den ominösen scheiben, die auf dem speiseplan als"putenkeule"bezeichnet werden. gabs auch heute mittag. wie groß sind die vorräte und wie lange würde eine geübte diskuswerferin brauchen, um die scheiben einzeln wegzuwerfen? (kennen Sie vielleicht zufällig die adresse von liesl westermann?)

hinweis: der montagseintopf würde noch viel grauenhafter schmecken, wenn man wie in landsberg ganz klein geschnittene speckschwarte drunterrühren würde. hier dagegen hat mir der eintopf das erste halbe jahr sogar noch geschmeckt und nur mit der zeit... dagegen hat man in landsberg die wahl, bei jedem löffel auszuspucken oder zu ersticken. wär das nix?

anregung: auch pellkartoffeln ess ich eigentlich ganz gern. für anständige menschen werden pellkartoffeln meines wissens ungefähr ne halbe stunde gekocht, für untersuchungsgefangene nach meiner schätzung ein paar stunden. noch matschiger würden sie sicherlich, wenn man sie 24 stunden kochte. und als mutmaßlicher gefangener hätte ich unter korrekter anwendung und strikter einhaltung einschlägiger gleichschlechtsbehandlungsrichtlinien darauf keinen anspruch?

HALTEN SIE WEITERHIN DEN LÖFFEL STEIF!

na Liesl, wat is nu?

Versuche der Selbstverwirklichung -

- eine ausstellung vom 17.november bis 18.dezember

um dem konzept unserer galerie treu zu bleiben, versuchen wir mit dieser ausstellung den entwicklungsprozeß zur selbstverwirklichung von drei künstlerinnen zu dokumentieren: vom gemeinsamen gruppenprojekt bis hin zu den heutigen, individuell erstellten arbeiten.

Evelyn Kuwertz, Brigitte Mauch und Toja Wernery verbindet das gemeinsame studium an der HfbK und die aktive mitarbeit bei brot& rosen.heute arbeiten sie weiterhin in kunstgruppen der frauenbewegung.

am anfang ihrer arbeit stand die motivation, dem im herkömmlichen kunststudium geforderten "künstlerischen ethos der individuellen leistung" eine kollektivarbeit mit gesellschaftlicher komponente entgegenzusetzen. sie benutzten neue medien wie tafelbilder und diaprojektionen. in zweijähriger arbeit entstand ein gruppenprojekt in völliger eigeninitiative. eine spezielle frauenproblematik bot sich an: die rollenzuweisung der frau in der familie. nach fertigstellung 1972 fiel diese damals noch hochbrisante thematik prompt der zensur des senats zum opfer: wegen "sittlicher bedenken..." eine öffentliche ausstellung dieses projekts war seitdem unmöglich.

die selbsterarbeitete kombination gemeinsamer politischer arbeit und künstlerischer aktivität brachte viele positiver erfahrungen mit sich, dennoch durfte ein weiterer schritt nicht vernachlässigt werden: die ganz persönliche formulierungs- und ausdrucksfähigkeit.es folgte eine zeit der individuellen künstlerischen arbeit bis heute, die im 2. teil der ausstellung zu sehen sind.

eine text-bild-montage als faltblatt bzw. als poster liefert die nötige begleitinformation.

!! jeden donnerstag finden aktionsveranstaltungen statt. es soll viel über die ausstellung diskutiert werden. kommt auch mal vorbei!!

bei uns in der galerie kann man/frau jetzt auch gemütlich sitzen und lesen und quatschen...
tee, wein, müsli und noch so einiges gibt es auch

galerie 70
Schillerstraße 70 1 Berlin 12
Öffnungszeiten Mi.Do.Fr 17-21. Sa 11-15 Uhr

KLEINANZEIGEN

Suche Leute (vom Spectrum), die von "Aktion billiges Wohnen" ihre 30 DM wiedergekriegt haben./Verkaufe 1 Ölofen und Kanne für 40 DM./ Suche altes Fahrrad, auch kaputtes. Wolfgang 693 31 68

--Bei uns in der Adalbertstr.73 steht 'n kaputtes Fahrrad auf'm Hof (Herrenf.). Wenn's nicht abgeholt wird, schmeißt die Hauswartsfrau es weg.

Sabine - Wedding: Kanistersachen bringen es zwar, reichen im Prinzip aber nicht aus. Treffpunkt Donn. 19.00 bei mir

Wer leiht mir vom 18. 12. - 2. 1. ein Paar Ski und wenn's geht Skischuhe (Gr. 39 1/2 od. 4o). Bei Beschädigung werden sie selbstverständlich ersetzt. Außerdem suchen wir billig Briketts für Kachelofen -wer weiß da 'ne gute Quelle? 6121.68

Wer gibt mir Akkordeonunterricht? Regina 614 86 41 tagsüber 829 53 05

Kreuzberger Kindergruppe (Sonderprojekt) sucht Betreuer für 2x die Woche auf Honorarbasis 614 78 78

Suche 'ne Wohnung mit Innenklo möglichst nicht so weit ausserhalb und unter 1oo DM Miete. Bitte bei 614 78 78 Bescheid sagen!

Nach Weihnachten Mfg bis Hannover gesucht (1 Erw., 1 Kind) 614 78 78

Suchen dringend Tragegurte oder Träger gegen Bezahlung, oder sagt uns wo man/frau Tragegurte bekommen kann. Entw. 891 35 95 oder 891 15 29

Großer Küchenschrank (dringend) zu verschenken. Auch div. andere Möbel. Manuel 782 31 19 (öfters versuchen)

Suche Rucksack mit stabilem Gestell & warmen, leichten Schlafsack mit langem Reißverschluß Tel. vorm. & 18-20 Uhr 693 81 49

Knacki braucht für 'ne Analyse der Knastmedizin viele Beispiele, an denen die medizinische Zerstörung deutlich wird. Artikel aus med. Zeitschriften kann er selbst besorgen. Schreibt alle an: Herbert Henrich
Obere Kreuzecker 6
JVA I
6000 Frankfurt

Wir sind eine WG mit 7 Erwachsenen (4m,3w) und 2 Kindern (w. 9 u. 10) in Fabrikräumen- kene Einzelzimmer. Wir suchen 1-2 Leute -bevorzugt Frauen- mit etwa gleichaltrigen Kindern.
Tel.251 o3 21 oder abends v. 18 - 2o.00 vorbeikommen. Relais 1 Berlin 61, Anhalterstr. 7 2. Hof 2. u. 3. Etage

Für unser zukünftiges Kommunikationszentrum brauchen wir dringend Sessel, Sofas, Tische? Teppiche usw. ASTA PH 10-16.00 775 30 78

Griestopf in der Krise. Viele Grüße an Grützkopf.

Hallo Schöneberger Autofreaks!

AUCH DIESMAL WIEDER VIELE LIEBE GRÜSSE LONDON

Suche Zimmer in WG oder 1 Zimmerapp. in Steglitz, Charlottenburg dringend bis zum 1. Jan. Doris Bock, 1/46 Klüberstr. 31, Wohnnr. 127

Suchen noch ein Kind im Alter von 6 Monaten- 13 Monaten fuer unseren Kinderladen. Elternmitarbeit erforderlich! Anrufe zwischen 11 - 16 Uhr unter 674 696

Uher de Luxe (Tonbandgeraet) mit 4 -Spur-System preisguenstig abzugeben. Tel. 623 78 98 Michael ab 17.oo

Haus direkt am Meer in Suedwestirland zu vermieten 4 Doppelbettzimmer jedes mit fliessend Wasser (warm und kalt), Wohnzimmer mit Kamin usw. monatlich 500 DM ab Dez. frei. Weiteres tel. 831 39 16 (Arne)

WG (1w, 4m) sucht Frau! Tel. 792 64 66

Fuer unsre WG -Gruendung suchen wir dringend eine 5- und mehr Zimmerwohnung. Harald 815 64 43

Suche dringend 2- Zimmerwohnung in Friedenau oder Steglitz (Wohnberechtigungsscheein vor 66 vorhanden) Claudia 612 46 90

Bei wem kann ich Linoldrucke abziehen? 815 64 43 Harald

LIEBE GABY LIEBER CHARLY !!!
zu eurer spontanen verlobung gratulieren wir euch recht herzlich und wünschen euch viel glück und sonnenschein beim nächsten pferderitt in die bank hinein

Leerzimmer frei! (ca. 1oo,-,ca. 2o m^2, hell u. ruhig) Stelle mir 'ne Mini-WG vor mit liebem Menschen. Bad u Küche sind auch da. Angucken bei Walter Rittmeyer 1/44 Schillerpromenade 11.

Liebe Freunde und Genossen, bitte druckt doch den nachstehenden Spendenaufruf ab und /oder sammelt in der Redaktion dafür:

SPENDENAUFRUF

Am Samstag, den 13. November 76, kam es in Brokdorf zur bislang größten bundesdeutschen Demonstration gegen den Bau von Kernkraftwerken. 30.000 Menschen kamen aus der Umgebung von Brokdorf und allen Teilen der BRD. Dabei entstanden Schäden in Höhe von mehreren tausend Mark an einem unmittelbar neben dem Bauplatz gelegenen Bauernhof, vor allem durch Zerstörung von Weideland und Zäunen. Der Bauer selbst ist Gegner des Brokdorfer Kernkraftwerkes.
Wenn wir gemeinsam Widerstand leisten, darf nicht einer von uns auf der Strecke bleiben!
Deshalb bitten wir die Teilnehmer der Demonstration, ebenso wie alle anderen, die diese Demonstration unterstützen, den entstandenen Schaden mit ein paar Mark beseitigen zu helfen.
Überweist das Geld bitte auf folgendes Konto:

Ulrich Osterhaus
Spendenkonto Brokdorf-Hilfe
Konto-Nr. 217/0996/01
Deutsche Bank Aachen
Bankleitzahl 390 700 20

TIP: AUF GELDSCHEINEN KÖNNT IHR GEGEN DEN BAU VON KRAFTWERKEN PROTESTIEREN!

Wir suchen laufend Kontakte und Adressen alternativer Gruppen. Soweit wir können, wollen wir auch Auskünfte dazu vermitteln. Neway/schützenstr. 98/Wuppertal 2/5o 74 64

GRÜSS AN INKA, LUCY UND MANNI

Wir haben die Möglichkeit, anarch. Texte zu kopieren. Verlage oder andere Interessenten können sich an unsere Kontaktadresse wenden!
Folgende Texte sind erhältlich:
Rudolf Rocker - (Entscheidung des Abendlandes, KZ - Erinnerungen)
Pjot'r Kropotkin - (Der moderne Staat)
Syndikalismus - Texte, Schriften von Helmut Rüdiger.
Unsere Adresse:
Da Da Weltbüro, 43 Essen 12
Radhoffstr 4

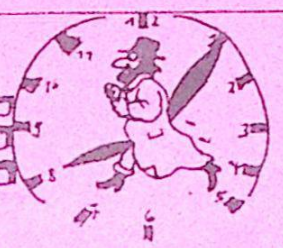
4-Zi-Wohnung zu vermieten(eventuell auch an WG!) Tel(nur in der Mittagspause) 831 38 25

WG sucht Nähmaschine, 2517939

LIEBE THEA, DIE KLAUSUR WIRD GANZ EINFACH GEHEN. SCHÖNEN GRUSS DEIN Heinrich Böll

Wichtig!
Weil man uns Klo und Telefon gesperrt hat, sind wir leider nicht mehr telefonisch zu erreichen.

TERMINE



termine:

DI

vv der germanisten 14 h im p.p.zahl-institut

vv des fb 19 (mathe) um 19 h im henry-ford-bau

vv des zbw um 18 h im audimax tu

radio:
22.o5 h sfb II:"anything goes- rocking radio"

filme:
"charly (chaplin) gegen alle" um 19.3o h in der galerie bungalow, mariendorfer damm 123
bali:"lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" um 19 h
klick:"nehmen sie es wie ein mann, madame" um 21 h
tali:"kuhle wampe" um 18 h, "feigenblatt für kuhle wampe" um 19.15 h
kurbel:"steelyard blues" um 23 h

MI

demo gegen berufsverbote und polit.disziplinierung um 17 h ab kleistpark

"schrei leise, sonst hören es die nachbarn" diskussionsveranstaltung des frauen-forums um 2o h im gemeinschaftshaus gropiusstadt, lipschitzallee 66

radio:
16.oo h rias II:"wie sicher sind atomkraftwerke?"

filme:
bali s.di, klick s.di, kurbel s.di, tali s.di

DO

"lehrerausbildung und berufssituation der lehrer" information und diskussion um 18 h im audimax fu

ph-vv: weiterstreiken oder nicht? ab 1o.3o h

"frauen und ihre selbstverwirklichung" diskussionsveranstaltung im rahmen der ausstellung in der galerie 7o, 1-12, schillerstr.7o um 19 h

"die wirtsch. entwicklung unter berücksichtigung des umweltschutzes in berlin" mit sen. w.lüder um 19 h in der urania

live-konzert mit amon düül um 2o h im kantkino
15" Rostlaube Schwulenveranstaltung (siehe S. 10)

filme:
"wir haben nie gespürt, was freiheit ist" um 19.3o h in der filmakademie, pommernallee 1 (am theodor-heuss-pl.) im kino,4.stock
bali s.di, klick.s.di, kurbel s.di, tali s.di.

FR

internationales spanienfest - lieder und tänze von genossen aus spanien, chile und iran, "wyoming" singt indianerlieder, lieder zu

irland, dias, filme, anschließend fete mit allem, was dazugehört, das ganze ab 18.3o h im p.p.zahl-institut

frauen, berichtet über eure erfahrungen mit dem neuen § 218! nur wenn wir uns gegenseitig unterstützen, können wir uns gegen bevormundungen von staatlichen stellen, ärzten und krankenhäusern wehren.
treffen um 2o h im frauenzentrum, 1-61, stresemannstr.4o 1.stock

der selbsthilfeladen (chamissopl.8) hat jeden freitag ab 17 h auf für alle interessierten frauen

fu-vv zum usta um 13 h audimax fu

tv:
18.2o h zdf:"dick und doof"

filme:
kurbel:"themroc" um 23 h
bali s.di, klick s.di, tali s.di
schlüter:"marx-brothers auf see" 23 h

live-konzert amon düül um 24 h im kant-kino

SA

fest des vlb zugunsten der commune in der alten tu-mensa

tv:
15.oo h ard:"steamboat bill jr."(mit buster keaton)

kino:
schlüter:"marx-brothers in der oper" 23 h
bali:s.di, klick s.di tali s.di

SO

2.advent!

kino:
schlüter:"marx-brothers im krieg" 23 g
bali s.di, klick s.di, tali s.di, kurbel s.fr.

INHALT:

KKW'S IN DEUTSCHLAND.....S. 2
WIE EIN KKW FUNKTIONIERT... ....S. 4
OBERJÄGERWEG... .....S. 4
DIE UNI WIRD DICHT UND DICHTER..S. 5
STREIK JA - ABER WIE.....S. 6
ZUR UNI - VV.....S. 7
PH - STREIK.....S. 8
SCHWULE GERMANISTEN.....S.10
AEG - ENTLASSUNGEN.....S.11
CHILE-KOMITEE SCHLIESST KBW AUS.S.12
LINKE ZENSUR.....S.13
SCHLEICHERS GEGENDARSTELLUNG....S.16
PRESSEERKLÄRUNG ZU BUTZBACH.....S.17
BAUMANN-DISKUSSION.....S.18
TERZO MONDO.....S.19
DÜSSELDORFER PROZESS.....S.20
SJSZ.....S.21
WESTTANGENTE.....S.21
FRITZ TEUFEL/FRAUENAUSSTELLUNG..S.22
KLEINANZEIGEN.....S.23